



# Saar-Freund

Nachrichten  
aus dem  
abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet  
Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Nummer 9

4. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungspreiskarte Seite 206) erbeten. In Sonderfällen erfolgt die Zustellung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11, Königgräber Straße 64, Fernsprech-Ausschlag: Amt Köpen 3000. — Bezugspreis monatlich M. 1.50. — Preis der Einzelnummer M. 0.50. — Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 66536 erbeten.

Berlin

1. Mai 1923

## Frankreich, Saargebiet und Völkerbund.

Von Werner Parbott.

Kürzlich kamen aus Amerika verschiedene Stimmen, die sich mit der Frage des Völkerbundes beschäftigten. Der amerikanische Senator Borah erklärte in einer Rede, daß Amerika grundsätzlich bereit sei, einem Völkerbund beizutreten, der mit ehrlichen Zielen, gerechten Taten und aufrichtigem Charakter der internationalen Brüderlichkeit dienen will. Fast zu gleicher Zeit erklärte der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Harding, daß Amerika niemals dem Völkerbund beitreten würde. Scheinbar handelt es sich bei diesen beiden Erklärungen um zwei grundverschiedene Ansichten. In Wirklichkeit wurde von zwei im politischen Leben eine wichtige Rolle spielenden Personen ein und dieselbe Ansicht vertreten. Während Borah den Völkerbund kennzeichnete, dem beizutreten Amerika bereit wäre, kennzeichnete Harding den Völkerbund, dem Amerika niemals angehören könnte. Also: Harding erkennt heute die als Völkerbund herausgestellte Staatengemeinschaft nicht an, da sie die von Borah gekennzeichneten Eigenschaften in keiner Beziehung besitzt.

Dieses Urteil ist hart, ist schwerwiegend, aber ist gerecht. Wie Weltgenossen sollten diese Erklärungen in den Ländern empfangen werden, die heute vorgeben, die Ideale des Völkerbundes zu vertreten. Denn wie ist die Sachlage: Die Gemeinschaft der Völker, die das Diktat von Versailles formuliert hat, hat diesem schwärzesten aller Dokumente der Zeitgeschichte ein Statut vorangestellt, das die Richtlinien für die Gemeinschaft der Nationen, für den Völkerbund enthält. Was dort als Aufgabe dieses Völkerbundes zur Verhütung von Kriegen, zur Beseitigung von Streitigkeiten und Streitfragen der Völker gesagt ist, kann von jedem vernünftigen Menschen, der es ehrlich um den Weltfrieden, ehrlich um das Selbstbestimmungsrecht der Völker, ehrlich um den Schutz der schwachen und kleinen Staaten meint, unterschrieben werden. Es finden sich darin einige Gedankengänge der 14 Punkte Wilsons, die den letzten großen Krieg beenden, die Wunden heilen und die Völker wieder versöhnen sollten. Deutschland hat auf diese 14 Punkte seine Friedensbereitschaft begründet, hat auf Grund ihrer Verheißungen manche seiner Interessen beiseite gestellt, um dem Völkerfrieden zu dienen, hat sich bis zur völligen Wehrlosigkeit entwandelt und sich damit auf Tod und Verderb seinen Feinden ausgeliefert. Es hat unter dem Druck vorgehaltener Revolver das Versailler Diktat unterschrieben. Wilson hat seine Unterschrift verweigert. Die Folgen dieser Erpressung sehen wir heute an Rhein, Ruhr und Saar, im Norden, Osten und Süden unseres deutschen Vaterlandes.

In den letzten Tagen trat in Genf wieder einmal dieser von Borah und Harding, von Wilson und von vielen anderen einsichtigen Politikern verworfene Völkerbund zu einer Tagung zusammen. Wenn man die einzelnen Beschlüsse, die von dieser Institution bereits gefaßt wurden, der Reihe nach durchgeht, kann man nur zu der einen Überzeugung kommen, daß er sich zusammenfindet, um Gewaltakte gewisser Großstaaten kleinen, wehrlosen Völkern gegenüber mit einem Rechtstitel zu versehen. Er hat sich aber daneben ein Betätigungsfeld geschaffen, wo er seine theoretisch aufgestellten Prinzipien und Grundzüge gewissermaßen ver-

suchsweise ausprobiert. Es ist das Saargebiet; deutsches Land, das seine deutsche Zugehörigkeit bis auf weiteres behalten hat, jedoch der Verwaltungshoheit des Deutschen Reiches entzogen und der direkten Verwaltung durch den Völkerbund unterstellt wurde. Durch diese Regelung wollte man angeblich verhüten, daß einer der beiden an der Lösung der Saarfrage interessierten Staaten durch Verwaltungs- und andere Maßnahmen eine freie Willensentschließung der Bevölkerung verhindert; man wollte angeblich verhüten, daß von deutscher oder französischer Seite die natürliche Entwicklung der politischen, wirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Verhältnisse des Saargebiets irgendwie beeinflusst würde. Das war angeblich die Absicht, und man setzte deshalb zur Ausübung der Verwaltung im Auftrage des Völkerbunds ein Fünf-Männer-Kollegium ein, an dessen Spitze Frankreich einen französischen Staatsrat und ehemaligen Polizeipräsidenten zu stellen verstand. Dieses Kollegium verwaltet jetzt das Saargebiet drei volle Jahre. Wie, das hat sich am 23. April d. J. durch ein neues Beispiel aufs beste gezeigt.

Diese Völkerbunds-Kommission für das Saargebiet, die sich mit Vorliebe als „Saarregierung“ bezeichnet und damit sich den Charakter einer autonomen Landesregierung geben möchte, hat vor wenigen Wochen eine Notverordnung erlassen, die angeblich zum Schutze der „Saarregierung“ und ihrer Maßnahmen notwendig geworden sein soll. Durch diese Notverordnung gibt sich die „Saarregierung“ das Scheinrecht, jede Äußerung der Volkswillens und der Landespresse und darüber hinaus jede Äußerung der deutschen Presse mundtot zu machen. Man könnte bemerkt sein, diese Maßnahme zu verstehen, wenn die Auswirkung dieser Notverordnung sich gegen Kritiker wenden würde, die sich gegen Maßnahmen der Saar-Regierung richten. Aber die „Saar-Regierung“ bringt diese sogenannte Notverordnung in Anwendung gegen rein tatsächliche Nachrichten, die sich auf das französische Ruhrunternehmen beziehen. Uebergriffe französischer Truppen im Ruhrgebiet wurden mit achtstündigem bis vierwöchigem Erscheinungsverbot für saar- und reichsdeutsche Zeitungen geahndet. Eine Gemeindevertretung, die sich das rigorose Vorgehen unbeschäftigt anwesender Truppen im Saargebiet verbat, wurde aufgelöst. Auf der anderen Seite blieb das französische Propagandaorgan für das Saargebiet unbehelligt, obwohl es täglich Schmutzflügel von Beleidigungen, Unwahrheiten und Lügen gegen die deutsche Regierung, gegen das deutsche Volk und gegen die deutsche Saarbewölkerung ausschüttete. Es blieb unbehelligt die ganze französische Presse, die an Verunglimpfungen des Deutschen Reiches und seiner Regierung, an Verhöhnung des deutschen Volkes, an Verdrehungen über das Saargebiet das Menschenmögliche leistet. Liegt das in dem Rahmen eines Völkerbundsstatuts, das Parteilichkeit der Verwaltungsbeauftragten gegenüber einer Völkerbundeinrichtung unter allen Umständen ausschließen sollte? Läßt ein solches Vorgehen überhaupt nur die Möglichkeit zu, daß der Auftraggeber, also der Völkerbund, seinen Beauftragten, die „Saarregierung“, auch nur einen Augenblick länger auf diesem Posten läßt?

Am 23. April hatte sich der Völkerbundsrat mit dieser Frage zu beschäftigen; völlig gegen den Willen Frankreichs und des



Präsidenten der „Saarregierung“. Der schwedische Vertreter im Völkerbundsrat hatte jedoch verlangt und es durchgesetzt, daß diese sogenannte Notverordnung Gegenstand der Besprechung im Völkerbund wurde. Von französischer offizieller Seite wurde mit allen Mitteln versucht, den Antrag des Schweden zu Fall zu bringen. Nicht weniger als drei Japas-Tendenzen sollten diesem Zwecke dienen. Sie erreichten nur, daß man die Besprechung in die geheime Sitzung verlegte. Was sich an Einzelheiten dabei zugetragen hat, ist aus den sehr spärlichen Nachrichten nicht bekannt geworden. Nur eins hat man erfahren, daß sowohl von schwedischer wie auch von britischer Seite die Maßnahmen der „Saarregierung“ scharf kritisiert wurden und daß die Frage dieser beiden Opponenten, ob die Notverordnung einstimmig in der Saarregierung gefaßt worden ist, unbeantwortet blieb.

Keine Klarheit besteht bisher darüber, welchen Standpunkt der Völkerbundsrat in dieser Frage eingenommen hat. Nach einer Meldung soll überhaupt kein Beschluß gefaßt worden sein, nach einer anderen habe man die Saarregierung aufgefordert, die Notverordnung mit Beendigung des Bergarbeiterstreiks aufzuheben. Der Präsident der Saarregierung soll zum Ausdruck gebracht haben, daß er bei einer Desavowierung nicht mehr die Autorität besitzen würde, um der Regierungskommission im Saargebiet vorzustehen. Wenn eine Straßburger Meldung des „Echo National“ zutreffend ist, denkt Kauls gar nicht daran, die Verordnung zurückzuziehen, sondern ist gewillt, mit noch schärferen Maßnahmen gegen die Saarbevölkerung vorzugehen.

Wie sich der Völkerbund mit dieser Haltung seines Untergebenen abfindet, ist seine Sache. Nicht gleichgültig ist eine solche Auffassung eines Völkerbundsvertreters aber für die Saargebietsbevölkerung. Gewiß, die Saarregierung wird sich, auch wenn ihr kein Rechtstitel zur Seite steht, auch wenn sich ihr Vorgehen als größte Verletzung des Völkerbundsgebots, als grober Bruch der Saarstatutsbestimmungen darstellt, um alle diese Begriffe nicht kümmern und wird unbedenklich mit terroristischen Maßnahmen gegen die Bevölkerung vorgehen, da es sein Pariser Auftrag so verlangt. Aber ebenso gewiß dürfte sein, daß die Saarbevölkerung die Wege zu finden wissen wird, die diesen Skandal der Welt in das richtige Licht rückt.

Aus einer Meldung aus Genf hat man erfahren, daß acht Völkerbundsvertreter verschiedener Staaten sich mit diesen Saarfragen beschäftigt haben. Berichterstatter war ein Chinese; nach Auffassung vieler Leute vielleicht nicht gerade der geeignete, um über Verhältnisse eines Landes zu sprechen, dessen geographische Lage ihm wahrscheinlich genau so unbekannt ist, wie Hunderttausenden die von Tschitschutschkei. Ob er sich jemals einen Begriff hat darüber machen können, welche Verhältnisse in diesem unglückseligen Saargebiet herrschen, bezweifeln wir, wir bezweifeln auch, daß er der geeignete Mann ist, der seinen Mitberatern, die zum großen Teil wahrscheinlich in derselben Unkenntnis sein werden, die Dinge sachlich, unbeeinflusst und im Sinne des Völkerbundsstatuts vorgetragen haben wird. Der fragliche Chinese ist der chinesische Botschafter in Paris. Woher soll ihm die Kenntnis über ein Problem kommen, über das man sich nicht in Paris allein den Kopf zerbrochen hat. Ist es nicht natürlich, wenn er seine Kenntnisse an Ort und Stelle zu bereichern sucht, wo er sonst wirksam ist? Man wird es dem Chinesen, von dessen Dauterkeit wir durchaus überzeugt sind, nicht übelnehmen können, daß er seinen Auftrag schlecht und recht zu erledigen sucht; man wird es aber bestrebenlich finden können, daß die Mitreute von Genf ausgerechnet zum Berichterstatter über Verhältnisse im Völkerbundsland einen Mann bestimmten, dem es schon auf Grund seiner Stammeseigenheiten schwer fallen muß, sich in staatliche Verhältnisse eines Landes einzumischen, das vermöge seiner politischen Kompliziertheit die volle Verantwortung eines unverdächtigen Europäers verlangen darf.

Diese Tatsache muß einmal festgestellt werden. Es ist zu genau bekannt, wie Frankreich besonders die chinesische Kultur, wie überhaupt die ganzen chinesischen Verhältnisse und das chinesische Volk einschätzt. Wenn es aber Wert darauf legt, ausgerechnet einen chinesischen Vertreter mit der Berichterstattung über die komplizierten Saarfragen zu beauftragen, so wird man daraus genau so seine Schlüsse ziehen können, wie aus der weiteren Tatsache, daß Kauls alle seine Instruktionen lediglich aus Paris bezieht, aber keinerlei Versuche gemacht hat, sich auch über Fragen des Saargebiets mit dem deutschen Gegenpartner in Verbindung zu setzen.

Die Verwaltung des Saargebiets durch den Völkerbund ist heute eine Farce, das hat gerade der Protest des schwedischen Vertreters gegen die Handhabung der Saaranglegenheiten auf der letzten Völkerbundstagung bewiesen. Wenn je die Parteilichkeit der Völkerbundskommission im Saargebiet in Erscheinung getreten ist, so durch das letzte Auftreten Kauls in Genf. Der Mann weiß, daß die Behauptungen von im Saargebiet tätigen deutschen Geheimorganisationen glatter Schwindel sind, er weiß, daß die Behauptung, die Vertreter der Bevölke-

zung und des Landesrats in Genf seien lediglich bezahlte Agenten Berliner Stellen, eine bewusste Unwahrheit bedeutet, er ist völlig darüber unterrichtet, daß hinter diesen Abgesandten 645 000 von 650 000 Seelen des Saargebiets stehen. Um aber diese 645 000 mundtot zu machen, den Willen des gesamten Saarpvolkes zu vertuschen und die übrigen 5000 Betrüger als die wirklichen Vertreter des Willens des Saarpvolkes hinzustellen, und das ganze Saargebiet in den Dienst der französischen Ruhraktion zu stellen, deshalb und nur darum ganz allein hat Herr Kauls die berüchtigte Notverordnung erlassen. Kauls ist der starke Mann, ist der starke Mann auch in Genf, weil hinter ihm ein Poincaré, der französische Nationalismus und Militarismus, weil hinter ihm die französische Einbrucharmee des Ruhrgebiets steht. Es hat keinen Zweck, die Dinge mit falschem Namen zu nennen. Poincaré und das hinter ihm stehende Frankreich betrachtet das Saargebiet als französisches Kolonialland. Der sogenannte Friedensvertrag besteht hinsichtlich des Saargebiets für Frankreich schon seit mehr als 3 Jahren nicht mehr. Frankreich hat die Annexion des Saargebiets von Anfang an erstrebt und die Notverordnung der Saarregierung ist nur ein Hilfsmittel, um diese Annexion nachträglich zu beschleunigen. Alle anderen Behauptungen, besonders alle französischen Pressemeldungen sind bewusste Unwahrheiten, dazu bestimmt, durch immer öftere Wiederholungen die Welt zu verwirren und dem Ziele näher zu kommen.

Trotz des Ruhereinbruchs und trotz der Notverordnung aber stellt sich die Saargebietsbevölkerung auf den Boden der Saarstatutsbestimmungen, die vorschreiben: oberstes Gesetz für die Saarregierungskommission ist Sicherung der Rechte und der Wohlfahrt der Bevölkerung, ist Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit, Beibehaltung der deutschen Sprache, Schule und Gesetze, ist Beibehaltung der Presse-, Versammlungs- und Redefreiheit ist Selbstbestimmungsrecht der Saarbevölkerung!

## Bücherschau.

Die Saarpolitik Frankreichs. Von Bernhard Kauls. Berlin.

Für das aller staatlichen Machtmittel nach außen beraubte deutsche Volk ist es heute von doppelter Bedeutung, die ihm zur Verfügung stehenden geistigen Waffen um so wirksamer zu führen, und den Speeren der Gewalt mit dem Schild des Rechts Trost zu bieten. Die politische Propaganda im In- und Auslande ist heute eine Lebensfrage für uns. Aber gerade auf diesem Gebiet liegt es in Deutschland noch immer sehr im argen, und namentlich ist das Saargebiet trotz seiner Wichtigkeit von gewissen Stellen bisher in fast sträflicher Weise vernachlässigt worden. Der Einbruch in das Ruhrgebiet, der die machtpolitischen Ziele Frankreichs plötzlich vor aller Welt aufdeckte, hat auch die Saarfrage in den Mittelpunkt des Interesses gerückt, und zwar deshalb, weil das Saargebiet ein Zukunftsspiegel des Schicksals ist, das Frankreich der deutschen Bevölkerung am Rhein und an der Ruhr zugebracht hat. Es ist deshalb von großer Bedeutung, daß für die Zwecke der Saarpromaganda zur rechten Zeit eine Broschüre Bernhard Kauls erschienen, die die Saarpolitik Frankreichs im Zusammenhang mit der gesamten französischen Annexionspolitik als Vorläufer und Vorbild seiner Politik am Rhein und an der Ruhr kennzeichnet. In dieser Broschüre wird der Gesamtkomplex der Saarprobleme erschöpfend unter diesen für das Saargebiet entscheidenden Gesichtspunkten zum ersten Male behandelt und die Fiktion einer Völkerbundsherrschaft im Saargebiet gründlich zerstört. Wir empfehlen allen Ortsgruppen und Mitgliedern unseres Bundes sowie Freunden unserer Sache die Anschaffung dieser wertvollen Schrift, die durch uns bezogen werden kann. Näheres im Inseratenenteil.

**Einigkeit:** unsere Waffe gegenüber allen  
Versuchen, uns zu zerspalten  
im Kampfe der Parteien und  
Stände untereinander!

**Recht:** unsere Waffe gegen Gewalt!  
**Freiheit:** das Ziel!



## Die Lehren des Saarbergarbeiterstreiks.

Drei volle Monate durchzittert nunmehr schon der gewaltige Streik der Bergarbeiter das gesamte Wirtschaftsleben des Saargebietes. Nicht nur die Bergarbeiter mit ihren Familien, nein, die gesamte Bevölkerung des Saargebietes hat unter diesem riesigen Wirtschaftskampfe zu leiden. Und noch immer ist kein Ende des gewaltigen Ringens abzusehen. Noch kein Zeichen von Nachgiebigkeit weder in den Reihen der um gerechte Entlohnung und menschenwürdige Behandlung kämpfenden Bergarbeiter, noch im Lager der französischen Bergverwaltung, die nach wie vor jedes Eingehen auf die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft ablehnt. Wenngleich aber das zähe Ringen der Arbeiterschaft bisher keinerlei positive Ergebnisse für die Betroffenen gezeigt hat, so hat doch der bisherige Verlauf des Streiks hochwichtige Resultate gebracht, die zwar von der streikenden Arbeiterschaft nicht gewollt, durch das Verhalten der französischen Bergverwaltung und ihrer Hintermänner aber klar zu Tage gefördert wurden.

### Die Zusammenarbeit zwischen Saarregierung und Bergverwaltung

Ist durch den Streik noch deutlicher als bisher in Erscheinung getreten, eine Zusammenarbeit, die aber nicht etwa der Förderung der Wohlfahrt der Arbeiterschaft, nicht etwa der rentableren Gestaltung des Saarbergbaus gilt, sondern die einzig und allein getragen ist von dem Gedanken, wie beide Teile — Saarregierung und Bergverwaltung — ihre Stellung und ihren Einfluß zu Gunsten der gewalttätigen und dem Versailler Diktat zuwiderlaufenden Franzöisierung des Saargebietes ausnützen. Nur unter diesem Gesichtspunkte kann man dem gewaltigen Wirtschaftskampf eine politische Seite abgewinnen. Nicht aber dann, wenn man, wie es Regierungskommission und Bergverwaltung vergeblich versuchen, den Bergarbeitern den Vorwurf machen möchte, sie kämpften aus politischen Motiven: zur Unterstützung des Abwehrkampfes an der Ruhr.

Die Bergarbeiterschaft bzw. ihre Führer haben von vornherein keinen Zweifel darüber gelassen, daß der Streik in dem Augenblick beendet würde, in dem von Seiten der Bergverwaltung den berechtigten Forderungen das geringste Entgegenkommen gezeigt würde. Nicht wie man die Welt glauben machen möchte, die „paar Führer“ haben den Streik proklamiert, nein, die Vertrauensmänner der Organisationen, die Vertreter der Belegschaften, die mit den Bergleuten ständig in Fühlung sind und stets am eigenen Leibe gespürt haben, was es heißt, unter dem Ausbeutungs- und Spießsystem der französischen Bergverwaltung Saarbergmann zu sein, haben den Streikbeschuß herbeigeführt. Die Führer haben sich pflichtgemäß an die Spitze des Streiks gestellt, um ihn nach Möglichkeit recht bald zu einem guten Ende zu führen. Und sie haben, das zeigt die bisherige Geschichte dieses Streiks, kein Mittel unversucht gelassen, diesen Wirtschaftskampf sobald als möglich zu beendigen.

Bereits im Dezember reichten die Gewerkschaften die Kündigung des Lohntriffs ein, worauf langwierige Verhandlungen stattfanden. Die Organisationsführer teilten am 4. Februar den Vertrauensmännern das Ergebnis der bis dahin getätigten Verhandlungen mit. Den Vertrauensmännern, die die Verärgerung der Bergleute kannten, war das Angebot nicht hoch genug und sie beschlossen den Streik. Die Führer formulierten umgehend, und zwar am 5. Februar, die in den Konferenzen gestellten Forderungen und überbrachten sie der Bergwerksdirektion, um schnell zu neuen Verhandlungen zu kommen. Die Verwaltung schrieb unterm 7. Februar, daß sich „jede Verhandlung erübrige“. Darauf wandten sich die Gewerkschaftsführer am 10. Februar an den Verwaltungsrat der Saargruben in Paris. Der Präsident des Verwaltungsrats teilte unterm 16. Februar mit, daß er das Schreiben an den Generaldirektor der Saargruben weitergeleitet habe und diesem die Regelung der Angelegenheit überlasse. Zwischen durch versuchten Mitglieder des Landesrats bei der Regierung zu vermitteln. Am 5. März wandte sich der Interparteiliche Ausschuß des Saargebietes, dem sämtliche Parteien angehören, an das Internationale Arbeitsamt in Genf zwecks Vermittlung in diesem Wirtschaftskampf. Am 15. März erinnerte der gesamte Landesrat in seiner Vollversammlung die Regierung an ihre Pflicht.

Alle diese Schritte blieben genau so ohne Erfolg wie die unternommenen Aktionen der Gewerkschaften, doch die Gewerkschaften ließen sich nicht entmutigen. Sie hatten kein Interesse an einer langen Dauer des Kampfes, und so wandten sich am 22. März die Vertreter der gesamten Gewerkschaften, der Freien sowohl wie der Christlichen, an den Präsidenten des Saargebietes, um mit ihm die Folgen des Kampfes zu besprechen und ihn um Vermittlung zu ersuchen, was letzterer jedoch, da die Bergverwaltung anderer Ansicht war, ablehnen „mußte“. Bei dieser Gelegenheit legten die Vertreter der Gesamtverbände nochmals klar, daß der Streik ein rein wirtschaftlicher sei. Da der

Präsident erklärte, daß die Verwaltung der Saargruben annähme, die Führer hätten „die Massen nicht mehr hinter sich“, beriefen sämtliche am Streik beteiligten Gewerkschaften am 29. März vier Konferenzen ein. Sämtliche Delegierten, also die Vertreter von über 70 000 streikenden Belegschaftsmitgliedern, erklärten einstimmig, daß alle Führer das Vertrauen der Mitglieder besäßen und daß unbedingt weitergestreift werden müsse, bis Entgegenkommen gezeigt würde. Diesen Beschluß übermittelten die Organisationen der Bergwerksdirektion unterm 31. März mit dem Ersuchen, die für den 12. Februar einberufene, dann aber wieder abgesagte Sitzung stattfinden zu lassen. Die Verwaltung gab darauf am 5. April eine schriftliche Darstellung der Sachlage von ihrem Standpunkt aus und verlangte Ansfahrt ohne Zugeständnisse. Darauf teilten die Organisationen am 11. April der Bergverwaltung mit, daß in ihrer Darstellung eine Reihe von Mißverständnissen vorliege, und sie baten um eine Aussprache zwecks Klarstellung der Unrichtigkeiten. Auf dieses Schreiben erhielten die Organisationen am 12. April einen Brief, worin die Verwaltung eine Aussprache als überflüssig bezeichnete. Die Organisationen versuchten dann unterm 14. April in einem langen Schreiben die Mißverständnisse richtig zu stellen und schrieben am Schlusse des Briefes nochmals: „Wir erklären nach wie vor, zur Einleitung von Verhandlungen bereit zu sein, die uns schon deswegen notwendig erscheinen, um einer weiteren Schädigung des Bergbaues vorzubeugen.“

Das ist die geschichtliche Darstellung der ganzen Bewegung, die klar beweist, daß die Bergarbeiter nur einen berechtigten Wirtschaftskampf führen und daß sie von Beginn des Streiks bis zum heutigen Tage jederzeit zu Verhandlungen bereit waren.

Auf der anderen Seite aber muß festgestellt werden, daß sowohl die Bergverwaltung wie die Regierungskommission nicht nur rundweg jede Verhandlung mit den Streikenden abgelehnt, sondern alles, was in ihrer Macht stand, getan hat, um die Kluft zwischen den Parteien noch zu vertiefen.

Trotzdem die Arbeiterschaft den Streik vom ersten Tage an mit vorbildlicher Disziplin und Besonnenheit geführt hat, hielt es die Regierungskommission für nötig, bereits am zweiten Streiktag das im Widerspruch zum Versailler Diktat im Saargebiet zurückgehaltene französische Militär in den Dienst der Grubenverwaltung zu stellen. Trotzdem die Bergarbeiter nicht den geringsten Anlaß boten, übertrug die Regierungskommission dem französischen Militär die Polizeibefugnisse. Das Militär begnügte sich aber nicht einmal mit der Wahrnehmung des Polizeidienstes, nein, darüber hinaus versuchte es durch zahllose Provokationsversuche, Druck- und Einschüchterungsmahnahmen die Arbeiterschaft noch mehr zu erbittern. Die Streikposten der Arbeiterschaft wurden in vielen Gemeinden durch Kavalleriepatrouillen einfach niedergelassen und vertrieben. Bei der Regierungskommission sind wegen der zahllosen Übergriffe des Militärs wiederholt Proteste aus allen Kreisen der Bevölkerung eingelaufen. Diese aber fühlte sich nicht nur nicht veranlaßt, das Militär in seine Schranken zurückzuweisen, sondern nahm das Militär ausdrücklich in Schutz und „drohte“ den Gewerkschaften bzw. den Arbeitern mit noch schärferen Mahnahmen.

Da die Arbeiterschaft sich weder durch die Druckmittel der Bergverwaltung, noch durch die Gewaltakte des Militärs, noch durch die Drohungen der Regierung beirren ließ, versuchte man es mit anderen Mitteln, die Einheitsfront der 70 000 Arbeiter zu sprengen. In der Regierungskommission und der Bergverwaltung hat man von jeher mit verbissener Wut die straffe Disziplin der deutschen Gewerkschaften und den gewaltigen Einfluß der Führer auf die Masse der Arbeiterschaft beobachtet. Man weiß, daß die Gewerkschaften aus ihrer deutschen Gesinnung nie ein Hehl gemacht haben, ja, daß die Gewerkschaften bzw. die Arbeiterschaft mit die stärksten Stützen des Deutschtums im Saargebiet sind. In dieses mächtige Bollwerk gegen alle Franzöisierungsbemühungen der Regierungskommission und ihrer Hintermänner in der Bergverwaltung und anderswo glaubte man jetzt die erste Bresche legen zu können. Darum inszenierte man mit riesigen Mitteln eine Hege gegen die Arbeiterführer, die ihresgleichen sucht. Seit Wochen sind die Spalten des von der Saarregierung bzw. von Frankreich bezahlten Propagandaorgans, des „Neuen Saarcourier“, täglich mit irreführenden Berichten über die Streiklage angefüllt, um die Einheitsfront der Arbeiterschaft zu zerschören. Angebliche „Zuschriften“ aus der Bevölkerung stellen die Übergriffe des Militärs als „Lüge“ dar und schieben alle Schuld an der langen Dauer des Streiks auf die Arbeiterführer. Aber auch das Mittel schlägt nicht ein, da das



von der Regierung bezahlte Blatt im Saargebiet unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheint!

In ihrer Verzweiflung griffen die Drahtzieher der französischen Verwelschungspolitik zum letzten Mittel: Sie gründeten „neue Bergarbeiterverbände“. Zuerst den „Saarzentralverband der Bergarbeiter“ und, da dieser keine Mitglieder finden konnte, den „Verband der Saarbergleute“. Als „Gründer“ der letztgenannten Vereinigung traten zwei ehemalige Sekretäre des alten Bergarbeiterverbandes auf, Karl Krämer und Emil Beder. Diese beiden Kreaturen haben bereits bei früheren Gelegenheiten eine üble Rolle gespielt. Beder ist der im Saargebiet unter dem Namen „Frankenbeder“ bekannte Gewerkschaftler, der zuerst sich für die Einführung des Frankens auf den Saargruben lebhaft interessiert hatte. Beide, Beder und Krämer, sollten wegen ihrer zweideutigen Haltung von ihrem bisherigen Verband den Austritt bekommen. Das wurde jedoch überflüssig, nachdem beide jetzt endlich die Mäste fallen ließen und offen in das Lager der französischen Bergverwaltung hinüberliefen. Die „Gründer“ des neuen Verbandes überschwebten mit den Ortschaften des Saargebietes mit zahllosen Flugblättern, in denen sie die Bergarbeiter auffordern, aus ihren bewährten Verbänden auszutreten, da diese „für die Cuno-Regierung die Kastanien aus dem Feuer holen“; die Arbeiter-schaft aber läßt sich auch durch diese Machenschaften nicht be-

irren. Nach wie vor steht sie treu zu ihren Führern und kämpft einmütig und entschlossen bis zu dem Tage, an dem die Bergverwaltung sich herbeilassen wird, über die berechtigten Forderungen zu verhandeln, und zwar nur mit den von dem tiefsten Vertrauen der gesamten Bergarbeiterschaft des Saargebietes getragenen Führern!

So hat der Bergarbeiterstreik, trotz aller Entbehrungen, die er der gesamten Saarbevölkerung auferlegt, trotz aller Verheerungen, die er im Wirtschafts- und Verkehrsleben des einst so blühenden Industriegebietes hervorgerufen hat, doch eine reinigende und klärende Wirkung gehabt. Wie immer auch der Ausgang dieses Riesenkrieges sein wird: die Arbeiter-schaft geht aus ihm geläutert und gestärkt hervor, befreit von den wenigen Verräterkreaturen, die sich aus allzu durchsichtigen Gründen von den Sachwaltern Poincaréscher Gewaltpolitik im Saargebiet haben einfangen lassen!

Auf die französische Bergverwaltung aber und auf die mit ihr Hand in Hand im Interesse Frankreichs arbeitende Regierungskommission des Saargebietes fällt einzig und allein die Verantwortung für die ungeheuren Schäden, die der gewaltige Kampf der Bergarbeiter für das gesamte Saargebiet haben muß zurück. B. J.

## Französischer Wirtschaftskrieg auch im Saargebiet.

Die Franzosen sind nunmehr dazu übergegangen, den Wirtschaftskrieg, den sie an der Ruhr gegen Deutschland führen, auch in das Saargebiet hineinzutragen, und zwar auf dem Wege über die Rheinlandkommission, die ja nichts weiter als ein Handlanger zur Durchführung französischer Gewaltmaßnahmen geworden ist. Die treibende Kraft dieser neuesten Entwicklung ist Herr Morice, der nicht nur Generalsekretär der Regierungskommission des Saargebietes, sondern auch Beauftragter der Rheinlandkommission für das Zollwesen und die „Derogationen“ ist. Herr Morice ist Leiter der von der Rheinlandkommission eingerichteten „Commission des dérogations de Sarrebruck“, der Zweigstelle des aufgelösten Emser Aus- und Einfuhramtes, die nach den Weisungen der deutschen Regierung seit dem 26. Januar 1923 aufgehört hat zu bestehen, nachdem die deutsche Regierung angeordnet hatte, daß für den Warenverkehr der besetzten Gebiete mit dem Saargebiet nur noch der deutsche Delegierte des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung in Saarbrücken zuständig ist. Herr Morice ist kürzlich in Koblenz gewesen und hat dort mit der Rheinlandkommission verhandelt. Die Ergebnisse dieser Verhandlungen haben sich nunmehr in neuen Gewaltmaßnahmen ausgewirkt, die lediglich auf einseitigen Vereinbarungen mit der Internationalisierten Rheinlandkommission beruhen, dem neutralen Charakter des Saargebietes ins Gesicht schlagen und eine restlose Unterwerfung der in französischem Fahrwasser segelnden saarländischen Regierungskommission unter die Rheinlandkommission darstellen.

Die Regierungskommission des Saargebietes hat nämlich angeordnet, daß bei der Einfuhr saarländischer Erzeugnisse in das besetzte oder unbesetzte Deutschland ein von der Handelskammer in Saarbrücken oder der französisch-saarländischen Handelskammer ausgestelltes Ursprungszeugnis beizubringen ist, das von der technischen Abteilung der französischen Zollverwaltung (Service technique) visiert sein muß. Bisher genügte nach den deutschen Bestimmungen die Gegenzeichnung des deutschen Delegierten des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung in Saarbrücken für diese Ursprungszeugnisse, die für das Saargebiet als Einfuhrbewilligungen nach Deutschland dienen. Durch diese Maßnahme sollen die französischen Zollbehörden eingeschaltet und der deutsche Delegierte ausgeschaltet werden. — Die Einfuhr saarländischer Waren oder deutscher Rückwaren in das unbesetzte Gebiet ist durch die Maßnahmen der Saarregierung unmöglich gemacht. Die Reichsregierung lehnt in berechtigter Abwehr französischer Maßnahmen Ursprungszeugnisse der französisch-saarländischen Handelskammer und solche mit dem Bismarck der technischen Abteilung der französischen Zollverwaltung ab, da nach internationalem Zollrecht nur das Empfangsland über den Ursprung einer Ware zu befinden hat. Auf diese Weise werden saarländische Erzeugnisse, wenn sie auf Grund der Vorschriften der Regierungskommission abgefertigt werden, künftig nur nach dem besetzten Gebiet hineinkommen, soweit dort keine deutschen Zollbeamten mehr tätig sind. Saarländische Firmen, die nach den Bestimmungen der Regierungskommission handeln, müssen jedoch auf Geschäfts-

beziehungen mit dem unbesetzten Deutschland künftig verzichten. Man ersieht hieraus, wie die französische Willkür alles daransetzt, auch das Wirtschaftsleben des Saargebietes zu vernichten.

Für die Ausfuhr aus dem besetzten und unbesetzten Deutschland nach dem Saargebiet hat die Regierungskommission angeordnet, daß die zollfreie Einfuhr in das Saargebiet, gleichgültig, ob es sich um Waren aus dem besetzten oder aus dem freien Deutschland handelt und ob ausfuhrfreie oder ausfuhrverbotene Waren in Betracht kommen, von der Vorlage eines den Versandpapieren beizufügenden sogenannten Bestimmungsausweises (certificat de destination) abhängig gemacht wird. Die Erstellung dieses Bestimmungsausweises soll im Auftrage der französischen Zollverwaltung durch das französische Ein- und Ausfuhramt in Saarbrücken gegen Vorlage einer gültigen Ausfuhrbewilligung erfolgen, also einer Bewilligung, die von deutschen Außenhandelsstellen oder vom deutschen Delegierten in Saarbrücken ausgestellt ist. Für die Ausstellung dieses „Ausweises“ fordert das französische Ein- und Ausfuhramt in Saarbrücken außerdem 1% vom Warenwert an Gebühren. Von den deutschen Bewilligungsstellen werden derartige Ausfuhrbewilligungen bekanntlich auf Grund eines Berechtigungsscheines der deutschen Handelskammer in Saarbrücken erteilt. Durch die Einführung des Berechtigungsscheines soll also wiederum die Handelskammer in Saarbrücken ausgeschaltet und die französische Zollverwaltung bzw. das französische Ein- und Ausfuhramt, das von Deutschland nicht mehr anerkannt wird, eingeschaltet werden. Die Franzosen berufen sich hierbei auf den § 31 Absatz 4 des Saarstatuts, wonach nur die für den örtlichen Bedarf des Saargebietes bestimmten deutschen Erzeugnisse Anspruch auf Zollfreiheit haben. Anscheinend wollen die Franzosen den Bestimmungsausweis als Kontingentsausweis handhaben und im Verein mit dem Ursprungszeugnis die gesamte Ein- und Ausfuhr auch des Saargebietes französischer Willkür unterstellen.

Für die Ausfuhr aus dem unbesetzten Deutschland nach dem Saargebiet verlangt die saarländische Regierungskommission außer der deutschen Ausfuhrbewilligung ebenfalls den vorerwähnten Ausweis zur zollfreien Einfuhr durch das Saarbrücker Ein- und Ausfuhramt. Aufgabe der absendenden oder empfangenden Firmen des deutschen Zollinlandes ist es, sich zu vergewissern, daß von der Gegenseite die Ein- und Ausfuhr unter Beobachtung der deutschen Bestimmungen erfolgt.

Mit Ausnahme der Ausfuhr aus dem unbesetzten Gebiet ist bei dieser Sachlage dem Saargebiet zurzeit jede Wirtschaftsbeziehung mit dem besetzten und unbesetzten Deutschland unterbunden, und das durch die französischen Maßnahmen chenein so schwer geschädigte Gebiet sieht sich infolge der Abschnürung vom Mutterlande den schwersten wirtschaftlichen Folgen ausgesetzt. Hervorgehoben wird, daß für den Warenverkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland mit dem Saargebiet lediglich die deutschen Bestimmungen zu beachten sind. Bewilligungen mit der Unterschrift „Morice“ sind ungültig. Wer solche Bewilligungen einholt und benutzt, macht sich nach den deutschen Verordnungen strafbar.



## Saarfragen vor dem Völkerbund.

Am 23. April beschäftigte sich der Völkerbundsrat in seiner diesmaligen Tagung in Genf mit mehreren Fragen des Saargebietes. Nach einer französischen Havas-Meldung standen für diese Sitzung zunächst folgende neun Punkte auf der Tagesordnung:

1. Die Frage der lokalen Gendarmerie.
2. Der Schutz der Saarländer im Auslande.
3. Der öffentliche Unterricht im Saargebiet.
4. Die zwischen Frankreich und dem Saargebiet abgeschlossene Konvention betreffend die doppelte Besteuerung.
5. Der Fall Franzen.
6. Prüfung der Telegramme aus Berlin an die Saarverwaltungen.
7. Vorbeugende Maßnahmen, die im Hinblick auf die Volksabstimmung getroffen werden sollen.
8. Die Demission des saarländischen Mitgliedes der Regierungskommission Dr. Hector.
9. Die Handelsbeziehungen zwischen der deutschen Reichsregierung und dem Saargebiet.

Zu diesen neun Punkten trat auf Antrag des schwedischen Delegierten, Houben, noch ein zehnter, nämlich die

### Notverordnung der Saarregierung.

Über den Schritt des schwedischen Vertreters war man in Paris und in der Alleestraße in Saarbrücken außerordentlich empört und man versuchte mit allen Mitteln, die Besprechung dieses Punktes in Genf zu verhindern. Herr Rault begab sich nach Paris, um die Taktik, die zu befolgen war, um den schwedischen Vorstoß gegen den autoritären Raultvorberuf zu parieren, festzulegen. Am 18. 4. veröffentlichte zur Verdunkelung der Sachlage und zur Einschüchterung der Antragsteller das französische Havas-Büro folgenden Ukas:

„Die Regierungskommission des Saargebietes hat, um auf die Provokationen und die Umtriebe der deutschen Regierung im Saargebiet zu antworten, wo sie sich durch alle Mittel bemüht, den in der Ruhr geführten Krieg auszudehnen, vor einiger Zeit eine provisorische Verordnung erlassen müssen, die sich aus dem Reichsgesetz für den Schutz der deutschen Republik inspiriert, welches seinerzeit nach der Ermordung Rathenaus erlassen wurde. Diese Verordnung hat seit ihrem Erlass die Proteste aller derer hervorgerufen, die im Saargebiet die Träger einer anti-alliierten und antifranzösischen Politik bilden. Diese Proteste waren an den Völkerbund gerichtet worden, den die deutsche Presse des Saargebietes indessen immer noch ebenso wie Frankreich und Belgien und ihre Armeen herunterreißt. Der Text dieser Proteste war, da er nicht von einer Regierung stammte, ohne weiteres an die Mitglieder des Völkerbundsrates zu verteilen, aber die Saarfrage stand nicht auf der Tagesordnung der Sitzung des Rates, der augenblicklich seine Sitzung in Genf abhält.“

Zur allgemeinen Überraschung hat in der ersten privaten Sitzung des Völkerbundsrates der Vertreter der schwedischen Regierung, Herr Houben, der einige Tage vor Branting in Genf eingetroffen ist, verlangt, daß die Ereignisse im Saargebiet und der saarländische Protest gegen die Notverordnung der Regierungskommission Gegenstand einer Beratung des Rates bilde.

Diese Initiative der schwedischen Regierung in der Saarfrage wird als ein Versuch aufgefaßt (in französischen Kreisen natürlich, D. Schriftl.), den Wert der wichtigen Amtshandlung der Saarregierung als zweifelhaft erscheinen zu lassen. Man ist der Ansicht, daß die Intervention dazu angetan ist, die Autorität der Regierungskommission zu schwächen in einem Augenblick, in dem die Haltung Deutschlands sowohl im Saar- als auch im Ruhrgebiet besondere Ueberwachung und Energie seitens der für Ordnung und Sicherheit verantwortlichen Regierung erfordert.

Als diese tendenziöse französische Auslassung in Genf nicht den erwünschten Eindruck machte, man vielmehr fürchtete, daß eine

### aus dem Saargebiet eingetroffene Delegation

der politischen Parteien und der Presse wahrheitsgemäße Aufklärung bringen könnte, wurde am 19. 4. eine zweite Havas-Meldung in die Welt gesetzt, in der es u. a. heißt:

„Mehrere von den deutschen Agitatoren (11) aus dem Saargebiet seien in Genf angekommen, unter ihnen der Industrielle Köchling, der während des Krieges von den französischen Justizbehörden wegen Plünderung in den von Deutschland besetzten Gebieten in Abwesenheit verurteilt worden sei. (Bekanntlich eine bewußte Lüge, da nicht der Köchlinger Köchling seinerzeit unter Anklage stand, sondern sein Bruder; dieser aber wurde in der Berufungsverhandlung wegen völliger Haltlosigkeit der Anklage freigesprochen. D. Schriftl.) Der Vertreter der Regierungskommission des Saargebietes werde vor dem Völkerbund auseinandersetzen, daß die inkriminierte Verordnung nur vorläufigen Charakter habe und daß es, da die Verordnung dem Landesrat des Saargebietes nicht unterbreitet worden sei,

zum mindesten inopportun sei, in Genf eine Debatte darüber einzuleiten. (Eine merkwürdige Logik! D. Schriftl.) Es werde allgemein angenommen, daß der Völkerbundsrat sich dieser Aufassung anschließen werde.“

Gleichzeitig wurde bekannt gegeben, daß der ehemalige Außenminister Hanotaux von Paris nach Genf abgereist sei, um an den Beratungen des Völkerbundes teilzunehmen.

Als auch diese Falschmeldung keinerlei Eindruck machte, versuchte man es am 21. 4. mit folgender Drohmeldung der Havas-Agentur:

„Es sei besonders die Frage der Ordonnances der Regierungskommission, um die antifranzösische Agitation niederzubringen, die die Aufmerksamkeit des Völkerbundes auf sich lenken werde. Man wisse nicht recht, aus welcher Besorgnis der schwedische Vertreter verlangt habe, daß diese Frage auf die Tagesordnung gesetzt werde. Man wisse nur, daß er nach den Instruktionen seiner Regierung gehandelt habe. Der Präsident der Regierungskommission, Rault, werde keine Mühe haben, die außerordentlichen Maßnahmen zu rechtfertigen, die er

### im Einverständnis mit allen seinen Kollegen

der Regierungskommission, die zwei neutrale Mitglieder enthalte, getroffen habe. Wenn sich innerhalb des Völkerbundes, was unwahrscheinlich sei, eine Mehrheit finden sollte, um die Regierungskommission zu desavouieren, dann werde der französische Vorsitzende, das glaubt der Havasvertreter zu wissen, die Anführer vertreten, er besitze nicht mehr die genügende Autorität, um die schwierige Mission fortzusetzen, mit der ihn der Völkerbund früher betraut habe.“

Ferner versuchte das französische offiziöse Nachrichtenbüro die öffentliche Meinung zu den zur Beratung gestellten Saarfragen durch folgende Tendenzmitteilungen zu beeinflussen:

„Franzen sei auf Verlangen der französischen und belgischen Regierung der Ingenieurkommission im Ruhrgebiet überwiesen worden. Die politischen Parteien des Saargebietes und die deutsche Regierung hätten Protest erhoben. Der Protest der Parteien sei in außerordentlich heftigen Wendungen gehalten.“

Die Ersetzung des Dr. Hector, der habe demissionieren müssen, sowohl wegen der Feindseligkeiten der politischen Parteien, denen er suspekt gewesen sei (der Havasvertreter hütet sich wohl, den wahren Grund anzugeben, weshalb Dr. Hector plötzlich unpäßlich geworden ist und sein Amt niederlegen mußte), als auch wegen seiner angegriffenen Gesundheit, (11) verursacht seitens der Anhänger der Widerstandspolitik eine große Anstrengung, um einen ihrer Freunde in die Regierungskommission einzuführen.“

Angeichts dieser irreführenden Tendenzmache sah sich die in Genf weilende Saar-Delegation veranlaßt, den Genfer Vertreter des W. L. B. zu folgender Erklärung zu ermächtigen:

### „Die von Genf ausgehende Polemik in der französischen Presse

gegen das Recht der freien Meinungsäußerung der saarländischen Bevölkerung bezweckt, wie ziemlich offen zum Ausdruck kommt, auf den Völkerbundsrat einen Druck auszuüben, um nicht nur eine gerechte Lösung der zur Verhandlung stehenden Fragen, wie der Notverordnung, sondern sogar die Verhandlung selbst zu hintertreiben. Wir sehen in diesem Vorgehen den erneuten Beweis für die Schwäche der Politik der Regierungskommission und dafür, daß sie sich immer noch nicht daran gewöhnt hat, daß sie nicht Beauftragte irgend einer ausländischen Regierung, sondern des Völkerbundes ist. Daß in dieser Pressekampagne auch mit persönlichen Verleumdungen gegen die Mitglieder der saarländischen Abordnung gearbeitet wird, ist für uns weder neu noch überraschend. Es ist auch nicht schwer, der öffentlichen Meinung in Frankreich vorzuenthalten, daß die als deutsche Agitatoren bezeichneten Persönlichkeiten in Wahrheit Mitglieder des vom Völkerbundsrat geschaffenen saarländischen Landesrates sind, die jetzt mit einem regelrechten Mandat der Bevölkerung versehen, die Sache ihrer Heimat zu vertreten haben. Im übrigen sind nach dem Falle Hector derartige Methoden nicht mehr als sehr ernst zu nehmen. Auch damals versuchte man die in Genf erschienenen Ankläger des Herrn Hector mit allen möglichen Mitteln zu verdächtigen und auszuscheiden. Trotzdem hat sich unsere Anklage als richtig erwiesen. Hector mußte als Mitglied der Regierungskommission demissionieren, und die Politik der Regierungskommission hat damit gleichzeitig die schwärze moralische Niederlage erlitten. Infolgedessen dürften die Ablehnungs- und Verdächtigungsverfahren in den Augen aller ehrlich denkenden Elemente jeden Wert verloren haben. Die saarländische Bevölkerung wird sich aber daran zu erinnern haben, daß im gleichen Augenblick, in dem die saarländische Presse gelächelt und unterdrückt wird, in der französischen Presse



eine wahre Hez gegen das saarländische Volk und seine Vertreter getrieben wird, die, wie das „Echo de Paris“ sagt, so weit geht, sogar die im Vertrag von Versailles vorgesehene Volksabstimmung zu bekämpfen und eine annektionistische Lösung der Saarfrage zu befürworten.“

Bis zur letzten Stunde hat die französische Delegation versucht, die Besprechung der Notverordnung im Völkerbundsrat zu hinterziehen. Sie erreichte jedoch nur, daß man beschloß, die ganzen Saarfragen

#### in geheimer Sitzung

zu erledigen. In einer weiteren Wolff-Meldung aus Genf wird hierzu gesagt: Der französische Protest wird hier als ein Versuch aufgefaßt, dem vertragsmäßig zuständigen Völkerbund die Behandlung und Regelung der für das Saargebiet nötigen Fragen zu entziehen.

Am 23. April hat dann der Völkerbundsrat in vierstündiger geheimer Sitzung die zur Verhandlung stehenden Saarfragen erledigt. Nach einem Wolff-Bericht galt der größte Teil der Beratungen der Notverordnung. Zum Berichterstatter für alle Saarfragen war wieder ein Chinese, Botschafter Tang Tsai Fu, bestellt. Branting übte nachdrücklich

#### Kritik an der Verordnung,

deren Ausnahmecharakter er betonte, und forderte die Regierungskommission auf, für eine schnelle Beilegung des Bergarbeiterstreiks und für eine Aufhebung der Notverordnung Sorge zu tragen.

Der französische Präsident der Regierungskommission, Kault, verteidigte in sehr heftigen Wendungen und in stark gereiztem und herausforderndem Tone die Verordnung. Er entwarf ein düsteres und stark übertriebenes Bild der gefährlichen politischen Spannung im Saargebiet und wiederholte die aus der Presse bekannten Behauptungen über eine Frankreich und Belgien feindliche Agitation der saarländischen Zeitungen, das Treiben der Geheimorganisationen usw. Sein Hauptargument war, daß angesichts des Bergarbeiterstreikes und der allgemeinen unsicheren Lage nur die Notverordnung den Schutz der Bergwerke ermögliche. Aufgabe des Völkerbundes und der Regierungskommission sei es, Frankreich für seine Reparationsforderungen den Besitz und Ertrag der Bergwerke zu sichern. Er lehnte jede Verantwortung für die nach seiner Ansicht furchtbaren Gefahren ab, die eine Aufhebung der Verordnung nach sich ziehen müßte, und ging so weit,

#### noch weitere Maßnahmen anzukündigen.

Kault wurde von dem Franzosen Hanotiaux in längeren Ausführungen unterstützt. Hierauf richtete Branting an Kault die Frage, ob die Notverordnung auf einstimmigen Beschluß der Regierungskommission gefaßt worden sei oder ob sie innerhalb der Regierungskommission selbst Gegner gefunden habe. Dieser Frage stimmte auch der englische Präsident des Völkerbundsrates Wood zu, der erklärte, der Rat sei sehr daran interessiert, eventuell die Gründe der Gegner der Verordnung innerhalb der Regierungskommission selbst kennen zu lernen. Er bezweifelte, daß die Notverordnung zweckmäßig sei. Er machte die Regierungskommission auf die Befürchtungen aufmerksam, die bei verschiedenen Ratsmitgliedern durch die Notverordnung hervorgerufen worden seien, und sprach die Hoffnung aus, daß die Notverordnung zurückgezogen werde, sobald der Streik beendet sei. Branting erklärte, seine Regierung sei der Ansicht, daß die tiefgehende Erregung, die zweifellos im Saargebiet infolge der Notverordnung herrsche, dem Völkerbundsrat, der für die Saarregierung verantwortlich sei, nicht gleichgültig bleiben könne. Seine Regierung, so erklärte Branting, sei weiter der Ansicht, daß der Rat alles Interesse daran habe, die Angelegenheit gütlich beizulegen.

Kault verteidigte hierauf nochmals äußerst lebhaft die Notverordnung und erklärte, daß er keine Verpflichtungen eingehen könne, sie bei Beendigung des Streiks zurückzuziehen, sondern daß das erst möglich sei, wenn alle die besonderen Umstände, die die Notverordnung notwendig gemacht hätten, überwunden wären.

Eine Antwort Kaults auf die von dem schwedischen und britischen Vertreter konkret gestellte Frage ist dagegen nicht bekannt geworden. Das ist um so bezeichnender, als in der erwähnten Havasnote, der Kault nicht allzu fern stehen dürfte, ausdrücklich gesagt wurde, daß die Notverordnung in der Regierungskommission einstimmig gefaßt worden sei.

In dem Wolff-Bericht wird weiter gesagt, daß

#### ein Beschluß nicht gefaßt

worden sei und die Notverordnung also vorläufig weiterbestehen bleibe. In einer E.P.-Meldung wird dagegen gesagt, der Völkerbundsrat habe beschlossen, daß die Regierungskommission diese Verordnung nach Beendigung des Bergarbeiterstreikes, die für die nächste Zeit zu erwarten ist, aufheben soll.

Wenn vielleicht augenblicklich eine den Wünschen der Saarbevölkerung entsprechende Regelung der Frage auch diesmal nicht erfolgt ist — bei dem jetzigen Charakter des Völkerbundes ist das auch kaum zu erwarten —, so zeigte der Verlauf der Sitzung doch, daß die Dinge im Saargebiet langsam in ihrer wirklichen Gestalt auch bei den Völkerbundsvertretern erkannt werden. Auf die Dauer wird man jedenfalls trotz der französischen Machenschaften und des beherrschenden französischen Einflusses die Beschwerden nicht unterdrücken können. Die zweite wichtige auf der Tagesordnung stehende Frage war

#### Die Ernennung eines saarländischen Mitgliedes der Regierungskommission

an Stelle des unter den bekannten dramatischen Umständen ausgeschiedenen Dr. Hector, dessen Amt gegenwärtig durch den von Hector selbst ernannten früheren Lotterieleinnehmer Land verwaltet wird. Die Vertretung der saarländischen Bevölkerung, die seit Jahren einen zähen Kampf gegen Hector führt, hatte von neuem den Rat ersucht, diesmal für den einzigen saarländischen Posten einen Vertrauensmann der Bevölkerung zu ernennen. Der Rat ging auf diesen Wunsch nicht ein und ernannte an Stelle eines Vertrauensmannes der Bevölkerung den Vertrauensmann des Herrn Hector, d. h. den von der Bevölkerung ebenfalls abgelehnten Herrn Land zum regelmäßigen Mitglied der Regierungskommission bis zum 13. 2. 1924, d. h. bis zum Ablauf der Amtsdauer aller Kommissionsmitglieder. Bezeichnenderweise enthielten sich aber bei dieser unbegreiflichen Ernennung das englische und das schwedische Ratsmitglied der Stimme.

Der Genfer Vertreter der „Voss. Ztg.“ bemerkt hierzu: Es bleibt unentschieden, ob der Völkerbundsrat sich nicht entschließen konnte, mit der Taktik der selbstherrlichen Ernennung des saarländischen Mitgliedes der Regierungskommission endlich zu brechen und dem Landesrat, dem gewählten Organ der Saarbevölkerung, das Vorschlagsrecht für dieses Mitglied einzuräumen.

In der Frage der von der deutschen Regierung in zwei verschiedenen Notizen (vom 12. Januar und 12. April) beantragten Bezeichnung der Regierungskommission des Saargebiets als „Saarregierung“ hat der Rat entschieden, daß diese Benennung in keiner Weise die rechtliche Stellung des Saargebiets oder der Regierungskommission verändern kann. Damit ist in der Sache dem deutschen Einspruch recht gegeben, wenn auch Deutschland weiter auf der Hut sein muß, daß durch solche „Abkürzungen“, wie Präsident Kault sich ausdrückte, nicht eine neue Situation geschaffen werde.

#### Im Falle Franken

nahm der Rat von der Erklärung des Herrn Kault Kenntnis, daß Franken zur Zeit seiner Ruhrfähigkeit beurlaubt sei und gegenwärtig aus dem Dienst der saarländischen Regierungskommission ausscheide.

Den deutschen Einspruch gegen die

#### diplomatische Vertretung des Saargebiets

durch Frankreich beantwortete der Rat damit, daß er der Reichsregierung die Erklärung der Regierungskommission zustellte, in der die von deutscher Seite angeführten Schwierigkeiten bestritten werden.

Zu der wichtigen Frage der

#### Erhebung der französischen Besatzungsarmee

durch die vorgesehene lokale Gendarmerie stellte der Rat fest, daß die Gendarmerie von 155 auf 355 Mann erhöht werden soll, ohne jedoch in seiner Entscheidung die Verringerung der französischen Truppen zu fordern.

Auf den deutschen Einspruch gegen die Terminologie in dem zwischen der Regierungskommission und Frankreich beschlossenen Abkommen über Doppelbesteuerung erklärte der Rat, daß dies die Stellung des Saargebiets und der Regierungskommission beeinflussen könnte. Er billigte ferner die sogenannten Sicherungsmassnahmen für die künftigen Abstimmungsarchive.

Einzelheiten über die letzteren Fragen sind nach den vorliegenden Meldungen nicht bekannt geworden; die darüber bekanntgegebenen Mitteilungen sind vielfach in ihrem Sinn unklar und lassen nur die Deutung zu, daß im allgemeinen den Franzosenversuchen vom Völkerbundsrat nicht entgegengetreten wurde, weil Herr Kault den Völkerbund ganz einseitig informierte eingedenk der Loucheurschen Mahnung an Kault, sich zu erinnern, was Frankreich von ihm erwartet.

Daß von dem jetzigen Völkerbund eine Stellungnahme und Beschlüsse im Sinne des aufgestellten Völkerbundstatuts nicht zu erwarten sind, hat neuerdings der amerikanische Senator Borah indirekt erneut ausgesprochen, indem er in einer Rede erklärte, die Vereinigten Staaten würden einem wahren Völkerbund beizutreten bereit sein, der ehrlich in seinen Zielen, gerecht in seinen



Taten und von einem wahrhaften Charakter internationaler Brüderlichkeit getragen sei. Diese Rede wird in unterrichteten amerikanischen Kreisen als Zustimmung Vorahs zu einem neuen Völkerbundsentwurf Hardings ausgelegt, den der amerikanische Präsident in einer größeren Reise durch die Vereinigten Staaten im Sommer darlegen wird.

Auch die Erklärung, die kürzlich Präsident Harding amerikanischen Pressevertretern gab, daß nämlich von einem Eintritt

Amerikas in den Völkerbund keine Rede sein könne, unterstreicht die Kritik Vorahs nachdrücklich und kennzeichnet den zurzeit bestehenden Völkerbund als eine Einrichtung, die alle die skizzierten Eigenschaften und Voraussetzungen nicht enthält, die von einem Völkerbund der Gerechtigkeit, der internationalen Brüderlichkeit und ehrlichen Ziele erwartet werden müsse. In einem solchen Völkerbund hätte Herr Rault niemals zum Wort und Fürsprecher imperialistischer Machtziele Frankreichs kommen können.

## Für die Pressefreiheit im Saargebiet.

Veranlaßt durch die weiteren Zeitungsverbote, hat der Verband der Saarpresse gemäß einstimmigem Beschluß einer außerordentlichen Mitgliederversammlung unter dem 11. April dem Völkerbundrat in Genf eine weitere Eingabe als Nachtrag zu seiner Eingabe vom 29. März unterbreitet, in der es u. a. heißt:

Dem ersten Verbot einer Anzahl saarländischer Zeitungen lediglich wegen Verbreitung einer reinen Tatsachenmeldung über Ausschreitungen des französischen Militärs in Dortmund sind weitere Verbote gefolgt, obwohl inzwischen durch die Vernehmung von Zeugen in Dortmund die gemeldeten Ausschreitungen erwiesen worden sind. Wie von der Polizeiverwaltung in Dortmund bestätigt worden ist, sind die Soldaten wegen der begangenen Ausschreitungen zu schweren Strafen vom französischen Kriegsgericht verurteilt worden. Damit ist dem ersten Verbot der Zeitungen hier auch jede rechtliche Grundlage entzogen worden.

Verbieten sind unter dem 5. April, und zwar auf die Dauer von einer Woche die folgenden saarländischen Zeitungen: Saarbrücker Zeitung (inzwischen nach eintägigem Erscheinen auf neue für zwei Wochen verboten, Anm. d. Red.), Saarbrücker Landes-Zeitung, Saarbrücker Volksstimme und Völklinger Nachrichten, weil sie im Text übereinstimmend die Äußerungen eines amerikanischen Journalisten, der gleichzeitig Delegierter des amerikanischen Roten Kreuzes ist, über die bekannten Vorfälle auf den Kruppwerken veröffentlicht haben. Die Veröffentlichung erfolgte ohne Hinzufügung einer eigenen redaktionellen Stellungnahme. Wir fügen eine Zeitung mit dem beanstandeten Artikel hier bei.

Unter dem 10. April wurden weiter verboten: Sulzbacher Volkszeitung auf zwei Wochen, Neunkircher Volkszeitung auf eine Woche, Saar- und Blieszeitung auf drei Tage.

Am 12. April wurde verboten die Saarzeitung in Saarlouis auf eine Woche.

Das Verbot der Neunkircher Volkszeitung erfolgte wegen ihrer Meinungsäußerung über das Verbot der Saarbrücker Zeitung, die nicht über das Maß einer zulässigen Kritik hinausgeht. Wir fügen eine Nummer der Zeitung hier bei. Die Saar- und Blieszeitung wurde wegen einer reinen Tatsachenmeldung verboten. Auch in diesem Falle legen wir die betreffende Nummer hier bei. Die Saarzeitung wurde verboten wegen eines Feuilletons über Dortmund und Hamm. Wir weisen darauf hin, daß die Verbote fast ausschließlich erlassen wurden wegen Meldungen, die in Beziehung zu dem militärischen Vorgehen Frankreichs im Ruhrgebiet stehen, mit der Ordnung und Sicherheit im Saargebiet nicht in Verbindung zu bringen sind. Dabei ist nach § 30 des Saarstatuts im Versailler Vertrage die von der Regierungskommission wahrzunehmende Aufrechterhaltung der Ordnung auf den „Schutz der Personen und des Eigentums im Saargebiet“ begrenzt; das Einwirken der Signatarmächte des Versailler Vertrages in die Notverordnung zum Schutze der Sicherheit im Saargebiet verstößt also auch gegen diese Bestimmung des Versailler Vertrages.

Die Verordnung, die angeblich zum Schutze der Sicherheit und Ordnung im Saargebiet erlassen worden ist, wird angewandt, um Frankreich vor der Verbreitung von Tatsachenmeldungen über sein Auftreten an der Ruhr zu schützen. Selbst die Beobachtungen eines in diesem Streit neutralen Amerikaners werden im Saargebiet von der als einer neutralen Instanz eingesehten Regierungskommission zum Anlaß der Unterdrückung der Pressefreiheit benutzt. Die Konsequenz dieser Dinge würde soweit führen, daß auch Äußerungen von Mitgliedern des Völkerbundes oder des Völkerbundrates, wenn diese Stellung gegen die Ruhraktion nehmen, unter das Verbot der Regierungskommission fallen müßten.

Durch das Verbot der gesamten maßgebenden Presse des Saargebiets wird die gesamte saarländische Bevölkerung wochenlang des wichtigsten Informationsmittels beraubt, ein bedeutender Faktor in der Regelung des Wirtschaftslebens ausgeschaltet und damit die Gesamtheit der Bevölkerung schwer geschädigt. Eine Beschimpfung oder Verleumdung Frankreichs kann unseres Erachtens in der Verbreitung reiner Tatsachenmeldungen nicht

erblickt werden. Die Verbote finden daher nicht einmal in der Notverordnung eine begründete Stützung; ihre seitherige Anwendung gegen die Presse aber ist mit dem Schutze der Sicherheit und Ordnung im Saargebiet niemals in Verbindung zu bringen.

Unter dem Zwange dieser Verordnung und namentlich unter der Art ihrer Auslegung und Anwendung ist es für die saarländischen Zeitungen nicht mehr möglich, ihre publizistische Pflicht zu erfüllen. Jede Regung völkerrrechtlicher Freiheit wird unterbunden, jede freie Meinungsäußerung zur Unmöglichkeit gemacht.

Wir wiederholen daher unsere dringende Bitte, die Zurücknahme der Verordnung veranlassen zu wollen und durch eine hierher zu entsendende Kommission in einwandfreier Weise feststellen zu lassen, ob in den hiesigen Verhältnissen der Erlass einer Verordnung, wie es von Seiten der Regierungskommission geschehen ist, tatsächlich erforderlich erscheint.

Die Saarregierung hat ferner verboten die „Bayerische Staatszeitung“ (wegen eines Artikels unter der Überschrift „Die Vergewaltigung des Saargebiets“) für die Dauer von einem Monat, die „Merziger Volkszeitung“ (wegen eines Artikels unter der Überschrift „Wie französische Offiziere ihre Redlichkeit beweisen“) für die Dauer von zwei Wochen, die Wochenschrift „Deutsche Verkehrszeitung“ (wegen eines Artikels „Unser Abwehrkampf“) für die Dauer von sechs Monaten.

## Reichspräsident und „Saar-Verein“.

Der Herr Reichspräsident hat am 18. April den Vorsitzenden des Bundes „Saar-Verein“, Herrn Oberlandesgerichtsrat Andres-Naumburg, und den Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Herrn Verwaltungsdirektor Vogel, empfangen. In herzlicher Begrüßung gab der Herr Reichspräsident seiner Freude darüber Ausdruck, die leitenden Persönlichkeiten vom „Saar-Verein“ kennen zu lernen, und bat sie, ihre Wünsche vorzutragen. Der Vorsitzende des Bundes dankte dem Herrn Reichspräsidenten für den Empfang und hob zu Beginn seiner Ausführungen die große allgemeine politische Bedeutung, die die Saarfrage habe, hervor. Durch die Erlebigung der Saarfrage habe das Versailler Diktat am allergrößten gegen die feierlich zugesagten Grundlagen des Friedens verstoßen, und die offen zutage tretende vorbildliche deutsche Haltung der Saarbevölkerung bilde einen der wichtigsten Aktiopoiten unserer auswärtigen Politik überhaupt, den zu pflegen vaterländische Pflicht sei. Diese Pflege vor allem habe sich der „Saar-Verein“ zur Aufgabe gesetzt. Der Herr Reichspräsident gab seiner vollen Zustimmung zu den vorgetragenen Ansichten Ausdruck und versicherte, daß er die Saarangelegenheiten immer ganz besonders im Auge behalte, und daß sie bei ihm jeder nur möglichen Unterstützung sicher sein könnten; er selbst sei Pfälzer und das Saargebiet habe ja ganz besonders enge Beziehungen zur Pfalz und auch seine persönlichen Beziehungen zum Saargebiet seien die denkbar besten. Es fand dann eine ausgiebige Aussprache über alle das Saargebiet betreffenden Angelegenheiten statt, für die der Herr Reichspräsident die genaueste Kenntnis und das allergrößte Verständnis bekundete. Der Herr Reichspräsident nahm insbesondere Gelegenheit, auf das allerbestimmteste zu versichern, daß nie davon die Rede sein könne, daß er und die Reichsregierung ihre Hand dazu bieten würden, auf die französischen Pläne, das Saargebiet bei der Lösung der Ruhrfrage als ein Austauschobjekt zu behandeln, einzugehen. Er verabschiedete sich von den Herren mit der Versicherung, daß er den Wünschen des „Saar-Vereins“ stets warmes Interesse und Verständnis entgegenbringen werde.



## Rhein, Ruhr und Saar.

Unsere Anregung, im Gedenken des heldenhaften Abwehrkampfes unserer Volksgenossen an Rhein und Ruhr nicht unserer Brüder und Schwestern an der Saar zu vergessen, die einen gleichen Abwehrkampf mit ungebrochener Zähigkeit und unbeugsamem Siegeswillen bestehen, hat, was wir mit Genugtuung feststellen, in allen maßgebenden Kreisen Verständnis und Zustimmung gefunden. Überall hat man mit besonderer Anerkennung hervorgehoben, daß sich die Saardeutschen in einer Weise für ihr Deutschtum, für ihre Heimat, für ihre Freiheit eingesetzt haben, die den Dank des ganzen deutschen Volkes verdient. Erst durch den französischen Ruhrkampf mit all seinen Schrecken und Brutalitäten hat man zu würdigen verstanden, was das Saargebiet seit über vier Jahren erdulden mußte, weil es an Deutschtum und Heimat festhält. Die verschiedensten Äußerungen amtlicher, parlamentarischer und politischer Personen in der jüngsten Zeit lassen erkennen, daß es eben nur einer Anregung bedurfte, damit dieses stillen, zähen, harten Kampfes an der Saar im deutschen Volke ständig gedacht wird. Das Saargebiet verdient diese Anerkennung, verdient ihrer Treue wegen. Darum: Deutschlands Schicksal vollzieht sich an Rhein, Ruhr und Saar, dort kämpfen deutsche Volksgenossen um ihre und um unsere Freiheit. Daran sollen wir jederzeit denken und keinen vergessen!

## Die Tagung des Landesrats.

Der Landesrat hielt am 20. April wieder eine Volltagung ab. Auf der Tagesordnung stand die Begutachtung des Entwurfes einer Verordnung zur Erhebung der indirekten Steuern (Bier, Branntwein, Essigsäure, Leuchtmittel, Mineralwasser, Salz, Spielkarten, Tabak, Wein, Zucker, Zündwaren). Nach dem Entwurf, den die Regierungskommission dem Landesrat vorgelegt hat, werden die indirekten Steuern nunmehr in Franken erhoben. Bei der Bemessung der Steuerhöfe kommen grundsätzlich die am 10. November 1918 in Geltung gewesenen Steuerhöfe zur Anwendung, und zwar im allgemeinen unter Anrechnung eines Umrechnungsjahres 1 Mark gleich 1 Franken. Einige Ausnahmen sind allerdings gemacht worden, so z. B. für Zucker: 1 Mark gleich 2 Franken. Der Regierungsentwurf ist bereits von der Steuerkommission des Landesrates durchberaten worden. Die Kommission hat im wesentlichen, wie der Berichterstatter Dr. v. Bopelius ausführte, die Regierungsverordnung unverändert bestehen lassen, mit der Ausnahme, daß die meisten Steuerhöfe (Bier, Zucker, Tabak) ermäßigt und die Besteuerung von Mineralwasser und Leuchtmitteln, weil ertraglos, gestrichen wurde. Weiter verlangt die Kommission, daß den Apothekern ein steuerfreies Kontingent an Alkohol zur Verfügung gestellt und daß aus den Erträgen der Branntweinsteuer ein Teil für soziale Zwecke zurückgestellt werde. Staatskommissar Viesch glaubte in Aussicht stellen zu können, daß die Regierungskommission sich die Kommissionsfassung zu eigen machen würde, da die Unterschiede zwischen ihr und der Regierungsverordnung nicht prinzipieller Natur seien.

Abg. Becker (Ztr.) bedauert, daß die Regierungskommission bis jetzt dem Landesrat noch nicht den Haushaltsplan vorgelegt habe; denn erst aus dem Haushaltsplan könne der Landesrat ersehen, ob die Steuern wirklich notwendig seien zur Deckung ebenso notwendiger Ausgaben. Trotzdem stimme die Zentrumsfraktion dem Kommissionsantrag zu.

Abg. Hofmann (Soz.) lehnt namens seiner Partei die ganze Vorlage ab. Die Sozialdemokratie sei grundsätzlich gegen jede indirekte Steuer. Hier komme noch hinzu, daß man nicht wisse, wie und zu welchem Zwecke die aufkommenden Gelder verwendet würden. Der Redner wirft der Regierungskommission vor, daß sie trotz mehrfacher Eingaben immer noch die Notverordnung zur Erhebung der Lohnsteuer bestehen lasse, daß sie die Besteuerung der freien Berufe noch nicht in Angriff genommen habe, daß sie mit ihrer Steuerpolitik die Gemeinden zu Kostgängern der Regierungskommission erniedrigt habe, daß sie in verschwenderischer Weise ihre Beamten besolde, während sie andererseits für soziale Zwecke kein oder nur wenig Geld übrig habe.

Abg. Schmeller (Lib. Volksp.) stimmt der Kommissionsvorlage zu. Er beantragt, daß die Gebühr für die Einfuhr ausländischer (französischer) Weine um 50 Prozent erhöht werde, und daß dafür den Apothekern ein steuerfreies Kontingent an Alkohol zur Verfügung gestellt werde. Weiter verlangt der Redner, daß auch die junge saarländische Parfümindustrie durch Abgabe steuerfreien Alkohols unterstützt werde. Der Redner macht darauf aufmerksam, daß durch französische und belgische Händler augenblicklich erhebliche Mengen Branntwein aufgekauft würden, und zwar anscheinend nur zu dem Zwecke, den neuen Steuern zu entgehen. Er hob hervor, daß die neuen Steuern eine erhebliche Belastung des saarländischen Wirtschaftslebens darstellen. Er wandte sich weiter

gegen eine Anzahl weiterer Erhöhungen des saarländischen Handels, so durch die Straßenbenutzungsgebührenerhöhung für Kraftfahrzeuge, durch die Verordnung der Rheinlandkommission über den Kraftwagen- und Fahrradverkehr, durch die schiedliche Behandlung bei der Besteuerung nach Frankreich usw.

Abg. Dr. Scheuer (Dem.) erklärt sich für die Kommissionsvorlage. Auch er macht der Regierungskommission den Vorwurf, daß sie viel zu lange gezögert habe mit dem Erlass einer neuen Einkommensteuerverordnung für die freien Berufe. Als Beispiel dafür, wie im Saargebiet mit den Steuererträgen umgegangen werde, führt der Redner an, daß man beabsichtige, ein neues Gefängnis zu bauen! Dr. Scheuer tritt ebenfalls für eine Unterstützung der saarländischen Parfümindustrie ein.

Abg. Rarius (Ztr.) wendet sich zunächst dagegen, daß die Regierungskommission eine Reihe von Steuerverordnungen erlassen habe, ohne vorher den Landesrat zu befragen. Mit diesem widerspruchsvollen Betragen klage sich die Regierungskommission selbst an; entweder müßten alle Verordnungen vorgelegt werden oder keine. Weiter führt der Redner Klage über die Verteilung des Steueraufkommens zwischen Landeskasse und Kommunen. Die Landeskasse schwimme im Geld, während die Kommunen ihre notwendigsten kulturellen Pflichten nicht erfüllen könnten. Man solle auch die Bergverwaltung zur Steuerleistung heranziehen, ebenso wie die übrigen Sterblichen. Welche Beträge hier dem Fiskus zufließen könnten, erhele schon daraus, daß der Wert der Saargruben 1,1 Goldmilliarden betrage. Durch den Bergarbeiterstreik sei ein Steuerausfall von etwa 3 Mill. Fr. an Lohnsteuer, 6 Mill. Fr. an Rohlensteuer, insgesamt ein Steuerausfall von etwa 12 bis 15 Mill. Fr. verursacht worden. Die Eisenbahnen erlitten täglich einen Verlust an Frachteinahmen von etwa 300 000 Fr. Und dabei könne, wenn auf beiden Seiten der ehrliche Wille vorhanden sei, der Streik in höchstens einer Stunde beigelegt sein. Noch nie sei ein derartiger Wirtschaftskampf in solch nutzloser Weise geführt worden.

Nach den Ausführungen einiger weiterer Redner wird die Verordnung in der Kommissionsfassung sowie die Zusatzanträge Schmeller-Dr. Scheuer einstimmig gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten angenommen.

## Die Währungsverordnung im Landesrat.

Der erste Regierungsentwurf abgelehnt, Beratungen über einen neuen Entwurf.

Die deutschen Münzgesetze müssen in Kraft bleiben.

Dem Landesrat lag in seiner Sitzung vom 27. April die Regierungsvorlage über die Aenderung der gesetzlichen Währung im Saargebiet vor, nachdem die Vorlage die zuständige Kommission des Landesrats passiert hatte. Die Kommission hatte sich mit allen bis auf eine Stimme gegen die Einführung der Frankenwährung ausgesprochen, da der Verordnungsentwurf nicht mit dem Friedensvertrag in Einklang zu bringen sei, außerdem Berechnungen über den inneren Wert des französischen Franken die Befürchtung zulassen, daß ein starker Fall dieser Währung durchaus im Bereich der Möglichkeit liege. Die Kommission vertrat den Standpunkt, daß die Vorlage solange zurückgezogen werden sollte, bis der Ruhrkonflikt beendet sei, da dann eine bessere Uebersicht der besonders gearteten Verhältnisse des Saargebietes möglich sei. Diese Anregung wurde von der Regierungskommission verworfen mit der Begründung, daß mit Rücksicht auf die Verhältnisse des Saargebietes und insonderheit auf die Finanzverhältnisse die Umänderung der gesetzlichen Währung gewünscht werde. Da der Entwurf der Verordnung der Kommission unannehmbar erscheine, sei sie bereit, diesen Entwurf durch einen anderen zu ersetzen. Der neue Entwurf wurde von drei Abgeordneten des Landesrats unter Hinzuziehung eines Vertreters der Handelskammer bearbeitet, wobei sie grundsätzlich den Standpunkt vertraten, daß die Aenderung der bestehenden Währung bestimmungswidrig sei. Die Kommission hatte sich vergeblich bemüht, für die Berechtigung der Einführung der Frankenwährung sowohl juristisch wie wirtschaftlich einen festen Untergrund zu suchen. Juristisch war ja das nicht möglich ohne Uebernahme der französischen Münzgesetze. Nach Meinung der Kommission ist auch bei Einführung des Franken die Einführung der französischen Münzgesetze unausführbar, sie vertritt ferner die Ansicht, daß die deutschen Münzgesetze trotz eventueller Einführung der französischen Währung in Kraft bleiben sollen. Sie einigte sich schließlich auf den Beschluß, als Anlage zu dem neuen Entwurf ein Verzeichnis der in Frankreich gültigen Zahlungsmittel beizufügen. Wirtschaftlich war es der Kommission ebenfalls nicht möglich, eine Unterlage für die Frankenwährung zu schaffen, da bei der französischen Währung genau wie bei der deutschen Währung die Goldklausel aufgehoben ist.



# Die Verdienste des Fürsten Wilhelm Heinrich von Nassau-Saarbrücken um das Saarbrücker Land.

(Fortsetzung.)

Auf dem Gebiete des Steinkohlenbergbaus ist das Vorgehen Wilhelm Heinrichs überaus folgenreich gewesen; er hat die unterirdischen Schätze des Landes erst richtig verwertet und zur Geltung gebracht. Die Erlaubnis Kohlen zu graben, war bis dahin den Untertanen gegen eine bestimmte Abgabe gewährt worden. Doch es wurde nur planloser Raubbau getrieben. Wo Kohlen zu Tage lagen, wurden sie abgeschürft; von bergmännischem Abbau war keine Rede. In Dudweiler gab es nicht weniger als 18 Gruben mit 76 Kohlengräbern, die im Jahre 1782 523 Fuder gefördert hatten. Das Grubenholz erhielten die Kohlengräber unentgeltlich aus den herrschaftlichen Wäldungen; so brauchten die Dudweiler Gruben jährlich 100 Eichen. Die Gemeinde Dudweiler zahlte dafür einen jährlichen Zins von 12 Gulden und lieferte die Steinkohlen zur Hofschmiede, dazu wurde für jeden verkauften Wagen Kohlen eine kleine Abgabe erhoben. Im Köllertal befanden sich 9 Gruben mit zusammen 18 Kohlengräbern, bei Geislautern 2, bei der Fenne, bei Malsbacht, bei Klarenthal je eine. In der Herrschaft Ottweiler wurde besonders im Kohlwald bei Reunkirchen und bei Wellesweiler gegraben. Die Förderung betrug damals 2349 Fuder (etwa 70 000 Zentner jährlich) und warf der Herrschaft jährlich einen Zins von 996 fl. ab. Der Rat, den der Landkammermeister Spahr 1730 gegeben hatte, daß die Herrschaft den Betrieb der Kohlengruben selbst übernehmen sollte, war nicht befolgt worden, weil der Holzreichtum des Landes eine ausgedehntere Verwendung der Steinkohlen bisher nicht erforderlich gemacht hatte; dies wurde jedoch anders, als durch die vermehrte Ausfuhr des sogenannten Holländer Holzes und durch den Bedarf der Hüttenwerke — diese verbrauchten für 20 000 Klafter Kohlenholz jährlich — die Holzpreise so stiegen, daß die Bewohner allmählich dazu gedrängt wurden, die billigeren Steinkohlen in größerem Umfange zu benutzen. Um aus dem gesteigerten Verbrauch Nutzen zu ziehen, verpachtete die Regierung im Jahre 1750 das Recht des Kohlenhandels für 1000 fl. jährlich an Philipp Quen zu Saarbrücken und zwei Genossen. An diese sollte die gesamte Ausbeute der Gruben bei Strafe abgeführt werden; die Untertanen behielten nur das Recht des Kohlenkaufs an der Grube selbst. Die Förderung stieg infolge des besseren Betriebs derart, daß die herrschaftlichen Einnahmen aus den Kohlengruben in zwei Jahren von 1035 fl. auf 3310 fl. stiegen, also sich verdreifachten. Doch noch immer wurde der Bergbau wenig rationell betrieben. Daher machte der Kammerherr Heuß im Jahre 1750 dem Fürsten von neuem den Vorschlag, die sämtlichen Steinkohlengruben für herrschaftliche Rechnung zu übernehmen, und Wilhelm Heinrich ging auf denselben ein, gestützt auf die staatsrechtliche Anschauung, daß der Bergbau ein Vorrecht des Landesfürsten sei. Damit begann eine neue Epoche für den Bergbau im Saargebiet. Sämtliche Kohlengräber wurden im Anfang des Jahres 1751 über ihre Berechtigung zur Kohलगewinnung vernommen und ihnen der Entschluß des Fürsten mitgeteilt; die nachweislich aufgewandten Kosten sollten ihnen nach Billigkeit ersetzt werden. Die Dudweiler Gruben wurden auf 1127 fl. taxiert und dieser Betrag an Meier und Gericht daselbst ausgezahlt. Der Betrieb wurde nun so eingerichtet, daß die Gräber zur „Halbschicht“ weiter gruben, d. h. sie erhielten für ihre Arbeit die Hälfte der Förderung, während die andere Hälfte dem Landesherrn zufiel, der das Grubenholz lieferte, die Anlagelosten von neuen Gruben bestritt und die Bergbeamten besoldete. Die Kohlenausbeute wurde auf 8000 Fuder normiert; die Untertanen hatten einen Vorzugspreis (6 Livres das Fuder). Als oberster Bergbeamter wird 1754 der Alaun- und Steinkohlengrubeninspektor Jakob Carlin zu Dudweiler genannt, drei Jahre später der Hütten- und Berginspektor Johann Ludwig Hilzton. Es begann nun erst die bergmännische Ausbeute der Kohlengruben, wieweil der Betrieb anfangs noch recht einfach war. Aus den früheren Kohlengräbern bildete sich ein geschlossener Bergmannsstand mit besonderen Rechten und Freiheiten. 1754 wurde die Eröffnung von Steinkohlengruben und der Kohlenverkauf mit hundert Reichstaler Strafe bedroht. Bis dahin waren die Steinkohlen nur zum Schmieden und Kaltbrennen benutzt worden; als Hausbrand hat sie erst Wilhelm Heinrich eingeführt. Um den Kohlenablaß zu heben, erließ er 1765 an die Meier und Geistlichen eine Anweisung, „welcher Gestalt die Steinkohlen zur Erwärmung der Stuben und Behältnisse füglich und nützlich angewendet werden können.“ Im folgenden Jahre wurden den Untertanen nicht nur zum Kalt-, sondern auch zum Hausbrand geringhaltige Steinkohlen zum Förderpreise (2—3 Kreuzer für den Zentner) bewilligt. Dies ist der Ursprung der sogenannten Berechtigungskohlen. In früheren Zeiten holten sich die Bewohner von den zutage tretenden Flözen ihren Bedarf nach Belieben. Nach Einführung eines geregelten Betriebes hörte dies auf, und dafür wurde billiger Hausbrand

geliefert. Auch führte man bei allen Gewerben und Fabriken, so weit es der Betrieb zuließ, die Steinkohlenheizung ein, so besonders in den Glashütten und Ziegeleien. Der Abjaß ins Ausland ging zu Wasser und zu Lande besonders nach Lothringen und Frankreich, dem Elsaß, der Pfalz und bis nach Frankfurt hin. Für die Kohlenausfuhr wurden mit einzelnen Unternehmern besondere Verträge abgeschlossen, so erhielt der Kaufmann Rischling den Abjaß zu Schiffe saarabwärts, der von der „Kohlwege“ ausging. Später wurde ein zweites Magazin in Louisenthal angelegt. Im Jahre 1765 schickte der Kurfürst Karl Theodor von der Pfalz eine Kommission nach Saarbrücken, um sich über Lage, Güte und Preis des Steinkohlenbrandes zu unterrichten, den er zu „besserer Oekonomie seiner allerzeit geliebten treuen Untertanen“ einzuführen gedachte. Am 27. Mai 1765 kam zwischen dem Kurfürsten und Fürsten Wilhelm Heinrich ein Vertrag zustande, durch den sich der Letztere verpflichtete, an Kurpfalz jährlich 50 000 Zentner Steinkohlen zu verkaufen, die zu Schiff über Koblenz nach Mannheim verfrachtet wurden. Doch dieser Vertrag war nicht von langer Dauer, da Saarbrücken über „verrufenem“ Gelde, Kurpfalz aber über das viele „Geriß“ der Kohlen klagte. 1767 befanden sich in Dudweiler, Sulzbach, Burbach, Gersweiler, Rußhütte, beim Platinhammer, in Klarenthal, in Schwalbach, Wellesweiler und Schiffweiler Kohlengruben. In Dudweiler war die ergiebigste Grube die Landgrube am brennenden Berge; hier wurden auf ein Lachter 180 Zentner Kohlen, jährlich im ganzen 1650 Fuder (zu 30 Zentner) gewonnen. Außerdem befanden sich in der Dudweiler Gemarkung noch 12 andere Gruben oder vielmehr Stollen. Der Gesamtablaß war 1768, im Todesjahre des Fürsten, bereits auf 12 768 Fuder (beinahe 400 000 Zentner) gestiegen, die 32 882 fl. einbrachten. Er hatte sich also seit der Einziehung der Gruben (1751) vervielfacht; davon wurde etwa die Hälfte ausgeführt.

Auch für die Saarländische Industrie war die Regierung Wilhelm Heinrichs epochemachend. Zunächst erfuhr das seit alter Zeit im Lande betriebene Eisenhüttenwesen eine großartige Förderung, indem die vorhandenen Werke vergrößert, neue angelegt und die Verarbeitung des Roheisens vervollkommenet wurden. Auf dem Reunkirchener Werk, das 1748 eine Frankfurter Firma auf 16 Jahre für 3500 fl. in Pacht nahm, wurde ein Stahlhammer und eine zweite Schmelze erbaut. Die Pächter erhielten das Recht, den Eisenstein durch die Untertanen in der Umgegend graben zu lassen, auch auf ihre Kosten Steinkohlen zu brechen und 5000 Klafter Holz zum Preise von 4000 fl. aus den herrschaftlichen Wäldungen zu beziehen. Der Hüttenfaktor zog 28 Arbeiterfamilien aus Württemberg heran. Im übrigen waren die Arbeiter auf den fürstlichen Werken durchweg Einheimische, und wir finden in den Pachtverträgen die ausdrückliche Bestimmung, daß auf den Hüttenwerken möglichst Leute aus der hiesigen Gegend beschäftigt werden sollten. Das Geislauterner Werk sowie die Fischbacher Schmelze und der Scheidter Hammer waren für 8000 fl. verpachtet. In Geislautern waren zwei Schmelzöfen und ein Walzwerk in Betrieb; auch Stahl wurde hier fabriziert, und zwar hatte das Werk solchen Ruf, daß 1756 der „Stahlmacher“ Eberhard Groll mit zwei Stahlarbeitern von der preussischen Regierung aus Geislautern nach Malapane in Oberschlesien gezogen wurde, um dort die Stahlfabrikation einzuführen. Der Betrieb der Sulzbacher Schmelze ist dadurch besonders merkwürdig, daß hier zuerst auf dem Festlande der Versuch gemacht wurde, zum Schmelzen der Eisenerze an Stelle der Holzkohlen „ausgezogene Steinkohlen“ (Koks) zu verwenden.

Auf diesen Gedanken kam er infolge der erschreckenden Abnahme der Wälder. Die Herrschaft Ottweiler hatte damals 30 000 Morgen holztragenden Bodens, davon waren 1788 schon zwei Drittel abgeholt. Ein Morgen lieferte durchschnittlich 20 Klafter, doch die Hütte zu Reunkirchen brauchte jährlich 14 400 Klafter, so daß die baldige Erschöpfung des Waldbestandes vorauszu sehen war. Schon früher hatte man die Steinkohle möglichst vielseitig nutzbar zu machen versucht. 1748 war im Fischbachtale eine Rußhütte errichtet worden, deren Fabrikate zur Bereitung von Druckerfärbungen und blauer Farbe dienten; 1757 übertrug Wilhelm Heinrich die gesamte Rußfabrikation in den Saarbrücker Landen dem Hofkammerrat Heuß. Im nächsten Jahre wurde diesem auch gestattet, Pech, Harz, Del, Wagenschmier- und Schiffssteerfabriken anzulegen. Zu diesem Zwecke überließ der Fürst an Heuß einige Gruben gegen eine Gesamtpacht von 8000 fl. nebst einem Fuder Brennöl. In diesem Verträge wird bereits der Möglichkeit gedacht, die ausgezogenen Kohlen zum Schmelzen der Eisenerze zu verwenden. Heuß, der als ein sehr geschickter, aber nicht gerade redlicher Mann geschildert wird, vermochte zwar seinen Verbindlichkeiten nicht nachzukommen und geriet in Konkurs, so daß die Herrschaft



Fabriken übernehmen mußte, aber seine Versuche mit den aus-  
gekauften Steinkohlen setzte er unermüdet fort. Er wollte ein  
Werk schaffen, „so in keinem Lande noch erfunden worden ist“.  
Und wirklich kam er endlich im Jahre 1768 zu einem günstigen  
Ergebnis. Das „Steinkohleneisen“ erreichte allerdings nicht die  
Hüte des Holzkohleneisens, doch fanden diese Versuche, für die  
der Fürst sich selbst lebhaft interessierte, vielseitige Beachtung,  
und sie sind in der Tat für die Geschichte des Eisenhüttenwesens  
von großer Bedeutung. Dem Fürsten kosteten diese Proben an  
20 000 Gulden. (Schluß folgt.)

## Des Saargebietes Not unter der Fremdherrschaft.

### Ein Mord der Provokateure.

An anderer Stelle geben wir einen zusammenfassenden Ueber-  
blick über die geschichtliche Entwicklung des nun seit über drei  
Monate dauernden Streiks der Bergarbeiter an der Saar. Es ist  
darin angegeben, mit welchen Mitteln versucht wird, Besche in  
den ungebeugten Willen der um günstigere Lebensbedingungen  
kämpfenden Saarbergarbeiter zu legen, sie durch hochbezahlte Pro-  
vokateure zu unbedachten Schritten hinzureißen. Judasfische  
wie Frankenbender, Krämer, Weber, Conrad, Kollmannsperger und  
Genossen bieten alles auf, um den Auftrag ihrer Geldgeber zu er-  
füllen. Sie scheuen selbst vor dem Mord nicht zurück. Am  
15. April wurde der 17 Jahre alte Bergmann Treng aus Ens-  
dorf von drei Streikbrechern erschossen. Als Anstifter kommt der  
übel beleumdete Kollmannsperger in Frage, der sich bei der  
Gruppe befand, die die tödlichen Schüsse abgab. Als mutmaß-  
licher Mörder wurde der Bergmann Schab, als Beteiligter auch  
Kollmannsperger verhaftet. Der Bevölkerung hat sich eine große  
Erbitterung bemächtigt, um so mehr, als das rein französische  
Propagandaorgan die Mordtaten in Schutz nimmt und ihre Tat  
verherrlicht. Der Gemeinderat von Ens Dorf gab der Stimmung  
der Bevölkerung in einer einstimmig gefaßten Entschließung Aus-  
druck, die der Regierungskommission übermittelt wurde und in der  
es u. a. heißt:

„Der Gemeinderat nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem  
provokierenden Verhalten der Kollmannsperger und Genossen,  
wodurch unser Ort schon zweimal durch Bluttaten heimgesucht  
wurde. Nur allein diesem Menschen sind solche Taten zuzuschreiben.  
Schon zahlreiche Anrempelungen mußten sich Ens Dorfer Bürger  
von diesem Menschen gefallen lassen. Drohungen und Beleidig-  
ungen sind an der Tagesordnung. Wir, die Vertreter der ge-  
samten Ens Dorfer Bürgerschaft, sind der festen Überzeugung, daß  
nicht eher Ruhe in unserem Dorfe einzieht,

bis dieser Mensch entfernt ist.

Wir bitten deshalb die Regierungskommission, daß sie, die  
sie die Interessen der Saarbevölkerung zu vertreten hat, diesen  
Kollmannsperger entfernt. Wir machen die Regierungskom-  
mission auf den Bericht des Herrn Landrats unseres Kreises über  
diesen Kollmannsperger aufmerksam. Die Ens Dorfer Bürgerschaft,  
eine der friedlichsten des Saargebietes, hat sich bis jetzt trotz aller  
Provokation ruhig verhalten. Ob das auch fernerhin beim  
Bleiben dieses Menschen der Fall sein wird, können wir nicht be-  
sagen. Die Verantwortung hierfür trifft die Regierungs-  
kommission.“

Die Stellungnahme der Regierungskommission zu diesem  
Protest wird durch folgende Meldung des „Echo National“ zum  
Ausdruck gebracht:

Der Regierungskommissar Kautz im Saargebiet wird nach  
seiner Rückkehr aus Genf besonders scharfe Maß-  
regeln gegen die Streikenden ergreifen. Die  
Aufhebung seiner viel erörterten Bestimmung zur Aufrechterhal-  
tung der öffentlichen Sicherheit im Saargebiet, die bekanntlich  
so großen Unwillen erregte, würde von ihm keineswegs beab-  
sichtigt.

Die

Beerdigung des ermordeten jugendlichen Bergarbeiters Treng  
in Ens Dorf gestaltete sich zu einer gewaltigen Trauer- und  
Protestdemonstration. Schon um 8 Uhr zogen die Ortsgruppen  
der Bergarbeiterorganisationen in langen Zügen Ens Dorf zu. Die  
ganze nähere Umgebung war vertreten. Aus dem Prims- und  
Köllertal kamen die streikenden Knappen herbeigeeilt, um ihrem  
Kameraden die letzte Ehre zu erweisen. Das war ein Trauerzug,  
so gewaltig, wie Ens Dorf ihn noch nie gesehen. Der Gemeinderat  
mit dem Bürgermeister an der Spitze nahmen geschlossen an dem  
Begräbnis teil. Die Gemeinde hatte einen prachtvollen Kranz  
gestiftet. Die ganze Ens Dorfer Bevölkerung gab ihrem Mitbürger  
das letzte Geleit. Der gewaltige Zug bewegte sich in musterhafter  
Ordnung am Bergmannsheim, in dessen Nähe die Bluttat geschah,

vorbei, dem Friedhof zu. Die Massen bildeten zu beiden Seiten  
der langen Straße Spalier. Am Eingang des Friedhofes hatten  
Kameraden des Ermordeten eine Ehrenpforte errichtet und bil-  
deten eine Pyramide. Die Grabrede wurde mit solch zu Herzen  
gehenden Worten gehalten, daß kein Auge trocken blieb. Wahr-  
lich, wer dabei war, und die tiefgebeugten, vom Schmerz über-  
wältigten Eltern sah, dem stieg der Groll auf und der Wunsch,  
endlich mit den Schuldigen abrechnen zu können.

Bekanntlich hatte die Saarregierung

### Hausdurchsuchungen bei 17 Pfarrern

und anderen Personen durch „Ihre“, d. h. durch die französische poli-  
tische Geheimpolizei vornehmen lassen. Die Hausdurchsuchungen hatten  
keinerlei Ergebnis, wohl aber hat sich der Betroffenen und mit  
ihnen der gesamten Bevölkerung eine tiefgehende Empörung über  
diese Eingriffe in die persönliche Freiheit bemächtigt. Die von  
den Hausdurchsuchungen betroffenen Personen haben sich mit einem  
Protest an die Saarregierung gewandt, in dem es u. a. heißt:

„Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß alle Hausdurchsuchungen er-  
gebnislos verlaufen sind, dürfen wir die Regierungskommission  
um Auskunft darüber bitten, durch wen und durch welche tat-  
sächlichen Belastungsmomente diese Hausdurchsuchung veranlaßt wor-  
den ist. Wir müssen entscheidenden Wert darauf legen, daß  
eine baldige lückenlose Aufklärung der uns anscheinend zur  
Last gelegten staatsfeindlichen Umtriebe erfolgt und beantragen  
daher die Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens durch die  
zuständigen Behörden. Wir nehmen keinen Anstand, an dieser  
Stelle heute schon mit allem Nachdruck zu betonen, daß wir weder  
einer der Regierungskommissionen feindlichen geheimen Organi-  
sationen angehören bzw. angehört haben, noch daß wir uns  
irgendeines Vergehens oder Verbrechens, das strafrechtliche Ver-  
folgung vorzieht, schuldig gemacht haben. Als Staats-  
bürger haben wir nicht nur Pflichten, sondern  
auch Rechte. Wir haben uns keiner irgendwie gearteten  
Pflichtverletzung schuldig gemacht. Von Staats wegen haben  
wir das Recht auf Schutz unserer Person und unserer Ehre. Wir  
erklären heute schon nachdrücklich, daß wir uns alle Schritte  
gegen diejenige Behörde vorbehalten, die gegen uns die vor-  
stehend gekennzeichneten Maßnahmen ohne tatsächliche und recht-  
liche Voraussetzung veranlaßt hat. Wir erwarten, daß die  
Regierungskommission alsdann gegen klar erwiesene Ueberschreitung  
ihrer Polizeiorgane mit aller Strenge einschreitet.“ (Folgt  
17 Unterschriften.)

### Was wir Saarländer längst wußten!

Was jedem Saarländer längst bekannt ist, was aber meistens  
stets abgeleugnet wird, bestätigt „Eclair“ in seiner Nummer vom  
7. April: Der „Saarlurier“ ist

ein von französischem Propagandafonds geschaffenes und  
bezahltes Blatt.

„Eclair“ nimmt das 24stündige Verbot des „Saarluriers“ zum  
Anlaß, über die angeblich mangelhafte Propaganda der Fran-  
zosen im Saargebiet zu klagen. Ihm entschüpft dabei ein wert-  
volles Eingeständnis:

„Uebrigens gab die Art, wie diese Zeitung inspiriert wurde,  
zu viel Kritiken von Meher Zeitungen Anlaß, die mit Er-  
stannen feststellten, daß man die Saarländer zu ge-  
winnen suchte, indem man im „Saarlurier“  
eine Politik vertrat, die ganz offenkundig  
gegen die tatsächlichen Empfindungen der  
großen Mehrheit der Bevölkerung des Saar-  
gebiets ging.“

Das Eingeständnis der Pariser Zeitung ist sehr wertvoll,  
denn sie enthält zugleich ein Urteil über die saarländische Politik  
gewisser Leute.

Im „Gewerkschaftlichen Nachrichtendienst“ Nr. 20 vom  
19. April 1923, herausgegeben vom Allgemeinen Deutschen Ge-  
werkschaftsbund, findet sich folgende

### Warnung vor einem Franzosenspiegel:

„Ein gewisser Johann Henz aus Neunkirchen (Saargebiet)  
war Grubenhüter im Dienste der dortigen Bergverwaltung und hat  
durch Spitzeleien die streikenden Bergarbeiter geschädigt. Sein Be-  
nehmen war derartig, daß selbst die Grubenverwaltung sich ge-  
nötigt sah, ihn zu entlassen. Henz ging sodann nach Hamburg,  
wo es ihm sogar gelang, eine Stellung bei der Schupo zu er-  
halten. Als das dortige Polizeipräsidium von seiner Vergangen-  
heit Kenntnis erhielt, verschwand er bald wieder aus Hamburg.  
Es besteht die Möglichkeit, daß er anderswo auftaucht und sich  
anzubiedern versucht. Als Grund seiner Abwanderung aus  
dem Saargebiet gibt er an, daß er bei einem Streit mit fran-  
zösischem Militär einen Franzosen erschlagen habe. Es sei hiermit  
vor ihm gewarnt.“



### Aburteilung von Verrätern und Judasfnechten.

Wie die „Volksstimme“ mitteilt, ist der durch die Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien bei diesen Mitglied gewordene bisherige Sekretär des Bergarbeiterverbandes Karl Krämer wegen Verrats an den streikenden Bergarbeitern aus der Partei und der Stadtverordnetenfraktion Saarbrücken ausgeschlossen worden. Alle von ihm bezahlten Beiträge sind ihm per Post zurückgeschickt worden.

Damit dürfte die Rolle Krämers bei den anständigen Leuten im Saargebiet endgültig ausgespielt sein. Von den beiden Edelknaben Beder und Krämer entwirft übrigens die letzte Nummer des „Saarbergknappen“ folgende porträtgetreue Zeichnung: „Neben dem Syndikalistischen Weber-Sulzbach, dem es früher radikal genug zugeht, der indes jetzt insgeheim mit der Grubenverwaltung teufelmachtete und darauf die Bergleute zur bedingungslosen Arbeitsaufnahme aufrief, haben nun endlich zwei Männer Farbe bekannt, die schon seit Jahren eine höchst zweifelhafte Rolle spielen. Es handelt sich um die Sekretäre Beder und Krämer vom alten Verband. Emil Beder ist derjenige, der nach seinem Aufstehen beim alten Verband im Saargebiet den

#### Werber für den Frankenlohn

im Saarbergbau machte. Wessen Geschäfte er damit besorgte, braucht nicht näher dargelegt zu werden. Weß Geistes Kind er ist, verrät sein verächtlicher Brief, den er damals an den Präsidenten der Saarregierung schrieb. Er und sein Komplize Krämer waren es auch, die im Verlehrsstreik 1920 den „Dolchstoß in den Rücken der Streikenden“, wie die sozialdemokratische „Volksstimme“ damals schrieb, vornahmen. Schon damals wäre die Zeit gewesen, wo der alte Verband sich aus Keilheitsgründen dieser Menschen hätte entledigen müssen. Aber Beder blieb im Amte, auch sein „Leibbruder“ Krämer. Beder hat in der Folgezeit auch auf knappschaftlichem Gebiete versucht, seine unheilvolle Tätigkeit zu entfalten. Nunmehr haben die Genannten sich selbst entlarvt. Am 10. April teilten sie in einem Flugblatt der „staunenden Welt“ mit, daß sie aus dem alten Bergarbeiterverband ausgetreten seien, weil der Verband für die Cuno-Regierung die Kaskanien aus dem Feuer hole und die Bergleute zu politischen Zwecken mißbrauche. Sollen wir hier nicht die Leute nun vor uns haben, die

#### das Märchen vom politischen Streik der Saarbergleute

täglich im „Saarkurier“ aufzischen und der Bergwerksverwaltung zureden, ja nicht zu verhandeln? Es klingt wie eine Bestätigung unserer Vermutung, wenn wir in dem Flugblatt lesen, daß der Streik abgebrochen werden müsse, da die Direktion nur nach Wiederaufnahme der Arbeit zu Verhandlungen bereit sei. Und gleich folgt die Empfehlung des von Beder und Krämer mit dem 10. April gegründeten „Verband der Saarbergarbeiter“, der so als die Insignie hingestellt wird, mit der die Direktion nach Wiederaufnahme der Arbeit in Verhandlungen trete. Wir werden beim Lesen dieser „Geschäftsanspreiung“ unwillkürlich an einen Vorgang im August 1920 erinnert, wo die beiden Unterzeichner des Flugblattes und Gründer des Zweimännerverbandes auf die Bergwerksdirektion gelaufen waren und dort ohne Wissen des Bezirksleiters Schwarz die Versicherung abgegeben hatten, die Bergleute würden nicht in den Streik treten. Was sie damals, in der Folgezeit und jetzt taten, bezeichnete ein Kamerad in einer Versammlung in Ottweiler als

#### eine ununterbrochene Kette von Verrat.

Zwei Sekretäre des alten Verbandes können den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, während der Zeit eines schweren wirtschaftlichen Kampfes auch den „Dolchstoß in den Rücken der streikenden Bergleute“ versucht zu haben. Sie stehen auf derselben Linie, auf die sich einige Gelbe gestellt haben, die auf höheren Befehl den „Saar-Zentralverband der Bergarbeiter“ ins Leben riefen. Oder ist die Vaterschaft bei diesem Verband und dem Zweimännerverband Beder-Krämer dieselbe? Die Bergleute behaupten nämlich, daß dieselben Autos und dieselben Personen, unter denen sich Steiger befanden, die die Flugblätter des „Saar-Zentralverbandes“ verbreitet hätten, auch das Flugblatt Beder-Krämer verbreiteten. Die beiden stellen die dumme Behauptung auf, der Streik würde durch Reichsgelder finanziert, vergessen es aber anzugeben, wer die Kosten für das eigene Flugblatt, die vielen Autos und Verbreiter aufgebracht hat. Krämer wird ja um eine Ausrede nicht verlegen sein, genau wie anlässlich der Wahl zum Landesrat, als er und sein Komplize die famose, im Dienste der Westpropaganda stehende „Saartribüne“ gründeten. Damals nach den Geldmitteln gefragt, gab er unverfroren die Erklärung ab, obgleich jedes Kind es wußte, daß der Geldgeber in einer gewissen Straße Saarbrückens wohnte,

#### sein reicher „Bruder Schorsch aus Amerika“

habe das Geld gestiftet. Hat der sogenannte Bruder Schorsch auch das Geld für die Flugblätter und Autos gestiftet? Um die Her-

kunft der Streikgelder braucht niemand besorgt zu sein. Sie fließen aus den Beiträgen, die der Opferwillen der Gewerkschaften angesammelt hat. Beder und Krämer sind gerichtet. Das Urteil haben sie sich selbst gesprochen. Aus der Saarbergarbeitergemeinschaft erhebt ihnen kein Gefolgsmann.“

Zu diesem Verräterkleeblatt Beder-Krämer-Weber gehört auch deren Helfershelfer Conrad in Sulzbach. Conrad, der als ehemaliges Mitglied der sozialdemokratischen Partei in den Gemeinderat kam — kürzlich wurde er wegen seiner Tätigkeit für den Saarbund ausgeschlossen —, hat sich zur einflusslosesten Person degradiert; Weber wurde von der an sich schon ohnmächtigen Syndikalistengruppe ebenfalls ausgeschlossen. Beide sitzen nun auf dem Trodenen. Sie versuchten, am 21. April

#### eine Heerzschau ihrer „Getreuen“

aufzude zu bringen, konnten sich aber mit eigenen Augen überzeugen, daß man sie gern unter sich läßt. Kein Streikender fand sich ein.

Adjunkt Wilhelm in St. Ingbert hat den Vorschlag in der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für St. Ingbert niedergelegt, und zwar „infolge fortwährender Belästigungen und Bestigungen durch eigene Parteigenossen“. Wie die „Westfäl. Ztg.“ meldet, „soll W. mehr oder weniger mit Beder und Krämer sympathisieren“. Wie das genannte Blatt weiter berichtet, hat Wilhelm sich um den Posten eines Materialienverwalters auf der St. Ingberter Grube beworben.

### v. Halfern-Spende für Notleidende des Saargebiets.

Bekanntlich legte der frühere Saarbrücker Landrat, jetzige Regierungspräsident von Hildesheim, Dr. jur. v. Halfern am 15. Oktober v. Js. durch Ueberweisung von 50 000 M. den Grundstock zu der „v. Halfern-Stiftung für Notleidende des Saargebiets“. Die Bestimmungen des Begründers dieser Stiftung gingen dahin, aus den Zinsen des Kapitals, das durch gelegentliche Spenden von anderer Seite erhöht werden sollte, besonders bedürftigen Personen des Saargebiets Unterstützungen zuzuwenden. Die katastrophal sich entwickelnden Verhältnisse im Saargebiet haben es angebracht erscheinen lassen, die Stiftung, die inzwischen auf 1 Million Mark angewachsen ist, in anderer Form und dadurch wirksamer und der steigenden Not im Saargebiet besser Rechnung tragend zu verwenden. Die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ hat den Regierungspräsidenten von Halfern, nachdem die Not in weiten Kreisen, besonders der Stadt Saarbrücken, täglich eine größere geworden ist, den Vorschlag unterbreitet, den bis jetzt gesammelten Fonds in Höhe von 1 Million Mark der allgemeinen Notstandshilfe in Saarbrücken zu überweisen. Dieser Vorschlag hat die Zustimmung des Stifters sowie des Vorstandes des Bundes und des Beratungs- und Aufsichtsausschusses der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ gefunden. Der Betrag ist der allgemeinen Notstandshilfe in Saarbrücken zugeführt worden.

Im übrigen sei bemerkt, daß die karitative Tätigkeit des Bundes „Saar-Verein“ sich auch fernerhin wie bisher auf das gesamte Saargebiet erstrecken wird. Lediglich die außerordentliche Not in Saarbrücken selbst ist für vorstehenden Beschluß mitbestimmend gewesen. Wenn auch mit diesem Betrag nur wenig geholfen werden kann, so soll doch damit bewiesen werden, daß die Anhänglichkeit des Stifters und der übrigen Geber an das Saargebiet und seine Bevölkerung nicht nur in Worten besteht.

Gleichzeitig aber verbinden wir mit diesen Hinweisen die Anregung, die „v. Halfern-Spende“ auch nach Ueberweisung des ersten Million in das Saargebiet als Sammelstelle für freiwillige Spenden zur Unterstützung Notleidender im Saargebiet beizubehalten. Die Not steigt dort von Tag zu Tag und wir dürfen nicht müde werden, in Stadt und Land Gaben zu erbitten für die v. Halfern-Spende für Notleidende des Saargebiets!

Der ersten Million muß bald die zweite folgen. Gedankel der Not und der Gefahr im Saargebiet, nicht mit Worten allein, nein auch mit Taten!

### Die Bezieher des „Saar-Freund“

im nichtbesetzten Gebiet werden gebeten, jede Nummer, welche sie erhalten, sofort an Freunde oder Bekannte im Saargebiet oder an eine ihnen bekannte Anschrift im Ausland zu senden.



## Kleine Tageschronik.

**Saarbrücken.** Das städtische Gesundheitsamt verfolgt den Plan, in diesem Jahre möglichst vielen bedürftigen Großstadtkindern die segensreiche Wohltat einer Erholungskur, eines Landaufenthaltes oder einer Ferienerholung zu ermöglichen. Nach oberflächlichen Berechnungen benötigt das Gesundheitsamt hierzu einen Betrag von über 80 Millionen Mark und 60 000 Franken. In den Kreisen des Handels, Gewerbes, der Industrie, wie überhaupt in der gesamten Bevölkerung ist der Aufruf zur Einsetzung freiwilliger Stiftungen auf günstigen Boden gefallen; nennenswerte Beihilfen sind bereits zur Verfügung gestellt worden. Die Firma C. Müller, Saarbrücker Tapetenfabrik, überwies kürzlich zu diesem menschenfreundlichen Werk 500 000 Mark. Weitere Spenden nimmt die Stadthauptkasse im Rathaus St. Johann, Zimmer Nr. 1, Buchhalterei II, auf das Konto: Städtische Kinder-Gesundheitsfürsorge dankbarst entgegen. — Bei der Firma Israel u. Co. wurden von Dieben Waren im Werte von 6 Millionen Mark gestohlen. Beteiligt an dem Diebstahl ist eine Pufffrau.

**Oberbilingen.** Vom Schnellzuge gerammt wurde auf der Eisenbahnstrecke in der Nähe der Abstell- und Packungsfabrik Theodor Burgmann am Dorfeingang ein etwa 20 Jahre alter Arbeiter aus Wehrden, der sich in selbstmörderischer Absicht über die Schienen geworfen hatte.

**Kenne.** In die Saar gestürzt und ertrunken ist der Invalide Bohr von hier.

**Merzig.** Nach der augenblicklichen Baumbilte ist hier im Kreise Merzig ein reiches Obstjahr zu erwarten. Besonders die Birnen- und Apfelbäume haben einen reichlichen Blüten- bzw. Fruchtanfang. — Fabrikant Nikolaus Bauer ist im Alter von 69 Jahren gestorben. Mit ihm ist eine der bekanntesten Persönlichkeiten der Stadt aus dem Leben geschieden. Der Verstorbene war als Wohltäter der Armen und Bedrängten bekannt. Vor Kurzem konnte Bauer auf eine 40 jährige Tätigkeit als Stadtverordneter zurückblicken, 35 Jahre bekleidete er den Posten eines Beigeordneten der Stadt. Seit 1888 war er ferner Mitglied des Kreistages und Kreisdeputierter.

**Büdingen (Kr. Merzig).** In feierlicher Weise wurden am 15. April die neubeschafften Glocken geweiht, und zwar drei Glocken in Büdingen und zwei in der Pfarrkirche Westlingen. Die alten Glocken wurden während des Krieges abgeliefert.

**Neunkirchen.** Zwei im Dienst befindliche Postbeamten wurden von einem Auto in der Bahnhofstraße überfahren. Dabei geriet der Betriebsassistent Bresser unter das Auto und erlitt einen Knochenbruch, während der Begleiter mit den Schreden davonkam.

**Hirschfeld.** Vor einigen Tagen fand man unterhalb Hirschfeld den Bergmann Schw. neben seinem Rade inmitten der Straße bewußtlos auf. Die Untersuchung hat ergeben, daß es sich wahrscheinlich um einen Raubmord handelt. Schw. ist nach drei Stunden bereits gestorben, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

**Bliesen.** In der Nähe des Hofgutes Gödelmühle wurde der Händler Bl. von hier von mehreren Straßendieben überfallen. Bl., der ein kräftiger Mann ist, wehrte sich tapfer und schlug die Wegelagerer schließlich in die Flucht. Außer einem abgeprallten Messerstück am Arm und einem Stochies über das Gesicht hat Bl. keine Verwundung erlitten.

**Homburg.** Die 24 Jahre alte Paula Heindel aus Landstuhl benutzte in Landstuhl ein Saarbrücker Auto, um nach Homburg zu gelangen. In der Nähe der Eisenbahnstation Eichelscheid fuhr der Kraftwagen auf einen dort liegenden Steinhaufen, überschlug sich und schleuderte die Insassen heraus, wobei das Mädchen getötet und der Fahrer verletzt wurde.

**Einsied.** Die protestantische Gemeinde hat nun die so lange ersehnten Glocken erhalten. Auf dem Kirchplatz fand eine kurze Feier mit Gesang, Ansprache usw. statt. Der prächtige Zug nahm darauf seinen Weg über Ingweiler, Gutenbrunnen nach Wörschweiler und zurück zum Kirchplatz in Einsied. Bei dem Hammerschlag wurde ein Betrag von 650 000 Mark gespendet. Die feierliche Weihe der Glocken erfolgte am folgenden Sonntag.

**Blieskastel.** Drei neue Glocken, hergestellt in der Glockengießerei Pfeiffer in Kaiserslautern, hat die protestantische Gemeinde Blieskastel sich angeschafft, um für das im Kriege verlorenen Geläute Ersatz zu finden. Die Glocken wurden Luther-, Gustav-Adolf- und Kriegergedächtnisglocke getauft. Am Sonntag erklang erstmals ihr eherner Ruf durch die Gefilde des Bliesstales.

**Aus der Pfalz.** Ein Rentierehepaar aus Kaiserslautern, Ludwig Schmalenberger und seine Frau, feierten das Fest ihrer diamantenen Hochzeit. Das Paar, das vor 60 Jahren in Amerika den Bund fürs Leben geschlossen hat, erfreut sich noch größter Rüstigkeit. Der Mann ist 80, die Frau 77 Jahre alt. — Eine sechsstägige Verkehrssperre wurde über das Gebiet von Kaiserslautern verhängt, angeblich wegen eines Sabotageaktes, der an den Telefonlinien entlang der Eisenbahn begangen worden sein soll.

## Personalnachrichten.

**Potorny J.** Der bekannte Bergarbeiterführer Franz Potorny, der während des Krieges längere Zeit im Saargebiet tätig war, ist gestorben.

**Aus den Kommunalverwaltungen.** Der Prüfung für Verwaltungsbeamte an der Schule für Verwaltungsbeamte Saarlouis unterzogen sich 31 Prüflinge. Folgende Herren haben die Assistentenprüfung bestanden: Arweiler, Fuhr, Heinrich, Thiel aus Krautlautern; Sacksteder, Woll aus Dillingen; Gräf, Heid, Schmidt aus Bisdorf; Arnau, Picard; Düro, Enweiler; Fine, Reistenschneider, Saarlouis; Schlachter, Schwalbach. Die Sekretärprüfung haben sämtliche Kandidaten bestanden, und zwar die Herren: Jett, Merzig; Hoffmann, Dillingen; Hartmann, Wallesfangen; Johannes, Mettlach; Johannes, Serwe, Schulten, Rill, Reist, Saarlouis; Böhm, Tils, Schaffhausen. — Die Obersekretärprüfung bestanden vor der zuständigen Kommission in Saarbrücken Stadtschreiber Holz in Ottweiler und Bürgermeistersekretär Schlemmer in Wieselkirkchen.

**Aus der Schulverwaltung.** Studienassessor Herrmann in Merzig wurde mit Wirkung vom 16. April an die Auguste-Viktoria-Schule zu Saarbrücken versetzt. An seine Stelle trat mit demselben Tage Studienassessor Jacoby. Außerdem wurde Studienreferendar Schroeder, bisher am Lyzeum zu Neunkirchen, der Merziger Anstalt zur Beschäftigung überwiesen. Alle Herren sind Mathematiker und Naturwissenschaftler. — Gymnasiallehrer Colbus vom Gymnasium in St. Wendel wurde in Anbetracht seiner verdienstvollen Leistungen mit Rückwirkung vom 1. April ab zum Oberlehrer ernannt.

**Kirchliche Personalien.** Bischof Dr. Bornwasser hat den Pastor Schülz in Wieselkirkchen zum Dekanten des Kreises Ottweiler, den früheren Kaplan von Sulzbach, Pfarrer Eul, von Morchweiler, zum Dekanten des Dekanats Sulzbach ernannt. Dekant Eul ist schon seit 1893 ununterbrochen im Saargebiet tätig.

**Jubilare der Arbeit.** Sein goldenes Jubiläum im Dienste des Neunkircher Eisenwerkes feierte der Hüttenmeister Karl Meber in Neunkirchen. — Hüttenbeamter Erik Boll sah in diesen Tagen auf eine 40jährige und Herr August Sprawer auf eine 25jährige Tätigkeit im Dienste des Neunkircher Eisenwerkes zurück. — Auf eine 50jährige Tätigkeit auf den Dillinger Werken konnte dieser Tage der Hüttenarbeiter Johann Bauer zurückblicken. — Auch der Oberbahnassistent Postill in Dillingen feierte sein 50jähriges Dienstjubiläum. — Ferner konnten ihr 50jähriges Dienstjubiläum, und zwar als Angestellte der Firma Biskerow u. Boch, die Herren Nikolaus Strupp-Besseringen und Joseph Matth. Kleder-Mettlach feiern.

**Das Fest der diamantenen Hochzeit** begingen am 21. April die Eheleute Müller in Pöfelfach. Der Jubilar ist 88 Jahre, seine Gattin 80 Jahre alt. Zwei Söhne der Eheleute Müller sind Lehrer in Saarbrücken. — Am 27. April konnten Kantor Josef Fuchs und seine Gemahlin in St. Wendel das goldene Ehejubiläum begehen, beide in seltener Rüstigkeit und Geistesfrische.

## Schule und Kirche.

**Schule und Kirche.** Beim Progymnasium Homburg mit drei Realklassen war das Ergebnis der Einschreibung 242 Schüler (123 Protestanten, 118 Katholiken und 3 Israeliten). Die erste Lateinklasse zählt 27 Schüler, die erste Realklasse 58.

Der erste Saarländische Katholikentag wird am 3. Juni in Saarbrücken stattfinden.

## \*\*\*\*\* Werbet für den „Saar-Freund“!

In der schweren Aufgabe, trotz der großen Geldentwertung den „Saar-Freund“ noch weiter erscheinen zu lassen, bitten wir, uns dadurch zu unterstützen, daß der „Saar-Freund“ in größeren Betrieben zur Verteilung an Beamte und Arbeiter in größerer Anzahl bestellt wird. Werbet in Freundes- u. Bekanntenkreisen neue Bezugsnehmer. Probenummern stehen gern zur Verfügung.

\*\*\*\*\*



## Vom Bund „Saar-Verein“ und den angeschlossenen Vereinigungen.

Bund Saar-Verein, Ortsgruppe Berlin.

Die Monatsversammlung findet am Sonnabend, den 5. Mai, abends 8 Uhr, im Vereinshaus Deutscher Ingenieure in Berlin NW., Sommerstr. 4a, statt. Herr Bergassessor Dipl.-Ing. Alfred Grumbrecht, Steinkohlenbergwerk Blödh b. Halle, hält einen Vortrag über „Bergbau an der Ruhr und Saar in Wort und Bild“ (mit Lichtbildern und kinematographischen Vorführungen). Auch dieser Vortrag wird für unsere Mitglieder und die Freunde unserer Bestrebungen von ganz besonderem Interesse sein, da Herr Bergassessor Dipl.-Ing. Grumbrecht als Fachmann und als geborener Saarbrücker die Bergbauverhältnisse an der Ruhr und Saar aufs beste kennt. Die interessanten und lehrreichen Ausführungen werden mit schönen Lichtbildern und wohlgeordneten kinematographischen Vorführungen (Aufnahmen über und unter Tage, den Bergbau und den Bergmann in seinem Berufe darstellend), erläutert.

An die Mitglieder ist folgendes Rundschreiben gerichtet: „Seit Monaten haben wir mit den größten Sorgen wegen der weiteren Herausgabe des „Saar-Freund“ zu kämpfen. Aufrufe an unsere Mitglieder haben zum Teil den Erfolg gehabt, daß uns von vielen Seiten außerordentliche Zuwendungen in dankenswerter Weise zuteil geworden sind, auf Grund deren die weitere Herausgabe des „Saar-Freund“ mit ermöglicht worden ist. Wir wenden uns heute noch einmal an jedes einzelne Mitglied mit der dringenden und herzlichen Bitte, es sich zur persönlichen Pflicht zu machen, den „Saar-Freund“ zur Unterstützung der guten Sache gegen Bezahlung durch die Post zu beziehen. Nur wenn wir der Mitarbeit eines jeden einzelnen Mitgliedes wenigstens dadurch sicher sind, daß unserer Bitte entsprochen wird, können wir unsere bedeutsame Aufgabe durchführen. Wo es noch nicht geschehen ist, sende man sofort den Postbestellzettel ein, damit der „Saar-Freund“ ohne Unterbrechung durch die Post zugestellt wird. Wir bitten sodann diejenigen Mitglieder, welche auf Grund unseres letzten Rundschreibens und des ihnen überhändelten Formulars ihre Mitgliedschaft noch nicht erneuert haben, dies doch gest. umgehend nachholen zu wollen, da wir sonst nicht in der Lage sind, unsere neuangelegte Kartothek zu vervollständigen. Wir bitten ferner um eine Erklärung, ob Sie bereit sind, einen Jahresbeitrag von M. 200 und einen außergewöhnlichen Jahresbeitrag zu zahlen. Für die Kartothek gebrauchen wir die Angaben: 1. Vor- und Zuname, 2. Stand, 3. Wohnung und Straße (genaue Bezeichnung).“

□ „Rhein, Ruhr und Saar“ lautet das Thema, über welches Herr Verwaltungsdirektor Vogel auf besondere Einladung des Industrie-Vereins für den Regierungsbezirk Hildesheim am 19. v. M. im Kaiserhof in Hildesheim einen längeren Vortrag hielt. Den Vortragsabend eröffnete der stellvertretende Vorsitzende, Herr Generaldirektor Schnorr mit herzlichen Begrüßungsworten an die zahlreich Erschienenen, namentlich an Herrn Regierungspräsident Dr. jur. von Haltern, Mitglied des Beratungs- und Aufsichtsausschusses der Geschäftsstelle Saar-Verein, welcher mit dem früheren Landrat von Ottweiler, Herrn Oberregierungsrat Freiherrn Laur von Müchhofen dem Vortrage beiwohnte. In der Einleitung wies der Redner des Abends auf den langen Leidensweg hin, den Deutschland seit 1914 gehen müsse; er nannte alles, was Deutschland seit 1914 durchgemacht, das Vernichtungswert unserer Gegner, die das deutsche Volk um seines Geistes und seiner Hände Werke beneidet und aus diesem Grunde das Vernichtungswert durch den Weltkrieg eingeleitet hätten. Im Felde, zu Wasser und in der Luft unbesiegt, durch Hunger und Lügenpropaganda müde gemacht, sei unser braves und tapferes Volk zusammengebrochen, in seiner Ohnmacht habe man ihm den Schmachfrieden diktiert und aufgedrungen. Die Revision dieses Schandfriedens müsse in erster Linie durch die Aufstellung der Kriegsschuldfrage erstrebt werden und dazu seien erforderlich Einheit und einmütiges Zusammenhalten in gegenseitiger Achtung ohne Rücksicht auf die parteipolitische Zugehörigkeit des einzelnen. Nationale Gefinnung brauche auch die deutsche Republik so notwendig, wie der Mensch das tägliche Brot. Er erinnert dann an unsere „Verluste“ im Westen und be-

klagte es sehr, daß man das deutsche Elb-Lothringen in weiten Kreisen schon fast ganz vergessen habe und auch das treudeutsche Saargebiet viel zu wenig nenne. An Saar, Rhein und Ruhr habe Frankreich schon im Jahre 1913 bei den Verhandlungen am Jarenhof mit Rußland gedacht. Das Deutsche Reich sollte vernichtet und Preußen geschwächt werden. In Versailles seien die Karten durch den Schmachfrieden völlig aufgedeckt worden. Er kennzeichnete dann die französische Annexions- und Separationspolitik an der Saar und am Rhein und schilderte den Vorwand zum Ruhrkampf und seine Erfolge, die Leiden der Ruhrbevölkerung, den wahren Antrieß zum Raub, Plünderer- und Mörder-Einfälle ins Ruhrgebiet in eingehender Weise. Heute gäbe es keinen Zweifel mehr darüber, daß die französischen Endziele seien: Die französische Rheingrenze oder die Lostrennung der Rheinlande vom Deutschen Reich und die wirtschaftliche Beherrschung der Ruhrkohlenindustrie. Durch die Beantwortung der Frage, was soll und was kann Deutschland leisten, lieferte er ebenfalls weitere Beweise dafür. Er erinnerte dann an die Einmütigkeit des deutschen Volkes in der Abwehrstellung, welche er dem trefflichen Westfalengeist dankte. Um so mehr Verständnis müsse man aber heute im ganzen Vaterlande dafür haben, was die Saarbevölkerung fast fünf Jahre alles zu erdulden gehabt habe. Er dankte dem Herrn Außenminister Dr. von Rosenberg und allen anderen Rednern in den denkwürdigen Reichstagsverhandlungen vor wenigen Tagen dafür, daß sie in so schöner Weise auch des Saargebiets gedacht und die Forderung ausgesprochen hätten, daß das Saargebiet zu Deutschland gehört und bei Deutschland bleiben muß. Dem Reichswirtschaftsminister Dr. Beder dürfe es nie vergessen werden, daß er die Worte geprägt: „Der Kampf am Rhein, Ruhr und Saar ist kein Kampf um dies allein, sondern er ist ein Kampf um das Vaterland.“ Um ein klares Bild von den Besatzungsleiden zu geben, gab Redner dann eine eingehende Schilderung der Verhältnisse im Saargebiet vom ersten Tage der Besetzung bis in die heutige Zeit, immer wieder betonend, daß alles, was sich heute im Ruhrgebiet abspiele, im Saargebiet, dessen fleißige und treuwaterländisch gesinnte Bevölkerung, dessen landschaftliche Schönheit und wirtschaftliche Bedeutung er in bereicherter Weise würdigte, nun schon fast fünf Jahre ertragen werden müsse. Im schweren Kampfe stehe man am Rhein, an Ruhr und Saar. Zäh und hart sei das Ringen, Mann stehe an Mann, in starker Wehr und festem Willen. So unwürdiger und brutaler die Behandlung durch französische Sadisten, je gemeiner Raub und Plünderung, je roter die Mörderhände vom Herzblut deutscher Helden, um so mehr, so schloß Redner den Hauptteil seines Vortrages, rüft die Bevölkerung an der Saar, am Rhein und an der Ruhr zusammen, schweigend, aber wachend in dem Treubekenntnis zum Vaterland:

„Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern,  
In keiner Not uns trennen und Gefahr.  
Wir wollen frei sein wie die Väter waren,  
Eher den Tod, als in der Knechtschaft leben.“

An Hand wohlgelegener Lichtbilder führte dann der Redner in die Tätigkeit der französischen Kultuspropaganda im abgetrennten Saargebiet und im besetzten Rheinlande und die sogenannte französische Kultur ein, wie sie sich bei dem Raub und den Morden im Ruhrgebiet gezeigt hat. Dann folgte eine Lichtbilderreihe, die die unvergleichlichen Schönheiten deutschen Heimatbodens am Rhein und Mosel, die die überwältigende deutsche Ruhrindustrie zeigten und schließlich vertraute Bilder aus der lieblichen, heiligeliebten Saarheimat. Die Ausführungen fanden allseitigen Beifall.

Deutsche  
Leser!

Leset und verbreitet dieses Blatt.  
Schickt es insbesondere auch  
ins Ausland. Ihr helft dadurch  
auch selbst und auch eurem deut-  
schen Vaterlande!



# Mitteilungen des „Vereins der Pfälzer“ in Berlin.

(Ortsgruppe des Pfälzerwald-Vereins, E. V.)

Vereinsadresse u. Schriftführer: Fritz Müller (Stephan 9039), Berlin-Schöneberg, Eisenacher Str. 58. / Vorstg: Sanitätsrat Karl Jaeger (Südr. Post. 9120-22, Privat: Wilhelm 3261, Charlottenburg, Cosanderstraße 7. / Kasse u. Postcheckkonto Berlin 15 861: Sanitätsrat Jakob Schmitt, Berlin-Steglitz, Postfingersstraße 16. Familienabende: Jeden 1. Freitag im Monat im Hotel Atlas, Friedrichstr. 105, a. d. Weidendammer Brücke. / Zeitungszuschriften: H. Vorst. Carl Maria Maier, (Moabit 102), NW. 6, Quilowstraße 140.

## Vereinsnachrichten.

Nächster Vereinsabend (mit Familie) Freitag, 4. Mai, abends 8 Uhr, im Hotelrestaurant „Atlas“ an der Weidendammer Brücke, patiar ebener Erd', ganz hinne. — Gäste willkommen.

Die Wanderung durch die Baumbühlte fand am 22. April statt, verlockt durch die nicht ungünstige Wetteransage unserer Tageszeitungen und Wetterwarten, die anscheinend in einem Verwandtschaftsverhältnis zu Werder stehen. — Wer dabei war, wird nicht verraten, nur soviel sei gesagt, daß die Unentwegten voll auf ihre Rechnung kamen.

Fehlende Vereinszeitungen reklamieren Sie, indem Sie einen an Ihre Postanstalt adressierten Zettel Ihrem Briefträger mitgeben oder unfrankiert in einen Briefkasten einlegen und unter genauer Angabe Ihrer Adresse um Nachlieferung der Ihnen fehlenden Nummern so und so des „Der Pfälzer in Berlin“ ersuchen.

Achtung, Wanderung! V. Progr. Wanderung von Tiefensee nach Strausberg am 6. Mai 1923, Führer: Stein und Maier. Sonntagstour nach Tiefensee, zurück von Strausberg, zu 920 M. nur an den an der Stadtbahn gelegenen Fernbahnhöfen (möglichst in Ruhe tags zuvor) oder am Schles. Bf. (Briegener Bahnsteig) zu 800 M. zu lösen. Abfahrt Schles. Bf. 8.42 vierter Klasse, da dritter kein Sitzplatz. Treffpunkt am dritten Wagen hinter der Maschine bis aller spätestens 8.15, da später nur Stehplatz. — Mittagsrast nicht Wesendahler-, sondern Giesdorfer Mühle. Rückfahrt 5.56 oder 6.26 ab Strausberg nur mit Lokalgut gültig. — Diese Wanderung ist selten schön, fast schöner als Chorin und Werbellinsee. Auch billig ist sie trotz des hohen Fahrpreises, denn sie gestattet nur zweimaliges Einsteigen und der Rastkeller am Strausberger Vorstadtbahnhof wird bis nach unserer Abfahrt geschlossen gehalten. — Bei unfreundlicher Witterung wird 10.40 in Spitzburg bei einer ausgezeichneten Tasse Fleischbrühe gestillt, sonst 11 Uhr am Gamensee im Freien. — Alle Teilnehmer werden von dieser Wanderung hochbefriedigt sein. — Gäste willkommen.

Gestorben ist unser Mitglied Dr.-Ing. Ludw. Gumbel aus Speyer, ord. Professor an der Technischen Hochschule, Charlottenburg, Schlossstr. 66. — Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

## Der Feind in der Pfalz.

Der Provinzdelegierte für die Pfalz hat eine Verordnung erlassen, nach der mit Wirkung vom 28. April ab Mitternacht der Verkehr sämtlicher Postautolinien einzustellen ist. Die Verordnung bezieht sich auf das gesamte Gebiet der Pfalz.

Ausweisungen pfälzischer Zollbeamter. Von der Besatzungsbehörde wurden neuerdings ausgewiesen: Von Kaiserslautern: Zollwachmeister Leibold; Zollamtmann Ludw. Krapf; Martin Hegeneder; Zollamtmann; Oberzollinspektor Ottomar Kug; Oberzollsekretär Joh. Christ. Wohlrab; Oberzollsekretär Martin Klieber; Oberzollsekretär Josef Obermaier; Oberzollsekretär Richard Hartmann; Oberzollsekretär Ernst Baum; Zollassistent Alban Bauer; Zollinspektor Gust. Lange; Zollassistent Georg Zapf; Zollassistent Wolfgang Bauer; Zollsekretär Rud. Gewald; Zollinspektor Adolf Schmuher; sowie die Zollsupernumerare D. Helmut und Hans Bittner; ferner aus Waldmohr Zollsekretär Ludwig Fuchs; aus Bruchmühlbach Zollassistent Gustav Mühlberg und aus Schönenberg Oberzollsekretär Joseph Gimpfel; Zollassistent Stephan Volle; Oberzollsekretär Johann Müller und Zollpraktikant Joseph Bauer. Ferner wurden ausgewiesen: Oberzollsekretär Joh. Vermer, Neustadt a. S.; Zollwachmeister Adolf Görtner, Neustadt a. S.; die Zollinspektoren Otto Hammerget und Joseph Weigert Landau, sowie Oberzollsekretär Johann Jodisch Landau; Zollassistent Gustav Mühlberg, Bubenhausen; Oberzollsekretär Franz Heinz, Landau; Zollassistent Bernhard Raul Landau; Oberzollsekretär Fr. Kögler, Geinsheim; Oberzollsekretär Rudner Neustadt a. S.; Zollamtmann Jos. Licht, Landau; Zollaspirant Hans Raeppl, Bergzabern; Zollinspektor Georg West, Landau; Zollamtmann Friedrich Baumann, Landau; Zollsekretär Gustav Argus, Landau; Zollassistent Kirstein in Neustadt a. S.; Zollsekretär Bidel; Zollassistent Josef Schreiber, Oberzollsekretär Michael Hoffmann, Zollinspektor Matheus Hafner, Zollassistent Johann Hegel; Zollassistent Fritz Pfand; Zollassistent Johann

Rostig; Zollassistent Josef Mollen, sämtlich aus Zweibrücken; ferner Zollassistent Johann Rieswald und Zollassistent Emil Brelow, beide aus Landau, Oberzollsekretär Hugo Herold aus Winnigen; Zollassistent Paul Harg aus Schönan sowie Zollassistent Josef Kraehl aus Fischbach; Zollinspektor Blumrader; Zolloberssekretär Fischer; die Zollsekretäre Schwarzkopf, Schweiniger und Posset; die Zollassistenten Barth, Wäber, Bongraz und Wieder; der Zollpraktikant Heider aus Kaiserslautern. Ferner: Eisenb.-Insp. Balz (Neustadt); Eisenbahnoberinspektor Jath (Ludwigshafen) aus Bruchmühlbach. — Vom Hauptsteueramt Ludwigshafen: die Zollamtmänner Eppe, Budl und Birner; die Obersekretäre Baumann, Härtel, Fürtsch und Konrad; Zollassistent Rehl. Ferner aus Speyer: die Zollinspektoren Hedding und Schönbauer; Oberzollsekretär Singer; die Zollsekretäre Mag. Schwill und Rhode. Bezirksamtmann Vogel vom Bezirksamt in Birmasens; Architekt Held von Alsenz, der für das Reichsvermögensamt bei den Kasernenbauten in Kreuznach tätig war, aber in seinem Heimatort Alsenz wohnte. Schließlich hat die Besatzungsbehörde den ersten Staatsanwalt am Landgericht Zweibrücken, Riffel, sowie den ersten Bürgermeister von Birmasens, Strobel, und den zweiten Bürgermeister von Birmasens, Römmerling, mit der Maßnahme ausgewiesen, daß sie nach Verbüßung ihrer Strafen das besetzte Gebiet verlassen müssen. Ihre Familien mußten bereits jetzt binnen vier Tagen das besetzte Gebiet verlassen haben.

Weitere Ausweisungen aus der Pfalz seit dem 1. März 1923. Brechdahl, Amtsgerichtsdirektor in Speyer, Pfirrmann, Bürgermeistersekretär, Zweibrücken, Hofmann, Pächter eines Cafes in Zweibrücken, Oberregierungsrat Kettig, Vorstand des Finanzamtes Kaiserslautern; Oberregierungsrat Fritz, Vorstand des Finanzamtes Neustadt und Finanzamtmann Cuno von Landstuhl; der Sohn des bekannten Speyerer Juweliers Fritz Wölfer, der Goldarbeiter und Juwelier Rudolf Wölfer; der 1. Bürgermeister der Stadt Zweibrücken, Fritz Rolfinger; der 2. Bürgermeister Dr. jur. Heinrich Rau. An deren Stelle übernahm der 3. Bürgermeister Christian Schwarz (Vereinigte sozialdemokratische Partei) die Führung der bürgermeisteramtlichen Geschäfte. Der technische Eisenbahnsekretär Hellerich aus Ludwigshafen; der Oberzollsekretär Robert vom Kaplaneihof bei Zweibrücken; der Sohn des Dekomiserates Frenzel von Rorheim, sowie Gutsbesitzer August Ludowici, Geilweilerhof bei Landau; zwei höhere Verwaltungsbeamten mit ihren Familien; Oberregierungsrat Fuchs, Rodenhäusen und Bezirksamtmann Müller, Kusel; Oberregierungsrat Romantisch von der Eisenbahndirektion Ludwigshafen. Ferner: Regierungsrat Wenz, Vorstand der Betriebsinspektion 1 Ludwigshafen, Landwirt Walther, Niederhorbach (bei Bergzabern) 1. Vorsitzender des Bezirkstages Bergzabern; Weinhandler Mees, Bergzabern, 2. Vorsitzender des Bezirkstages Bergzabern und Vorsitzender in Randel; der zweite Vorstand der Maschineninspektion Kaiserslautern, Regierungsbaurat Rumb und der Vorstand der dortigen Betriebswerkstätte, Ingenieur Goebel; die beiden Eisenbahngehilfen Mißschat und Bayer in Frankenthal; der Eisenbahngehilfe Harter aus Rheinzabern; Oberinspektor Gihregen, der Betriebsinspektion 1 Ludwigshafen.

## Verhaftungen in der Pfalz.

Der Vorstand des Postamtes Neustadt-Hardt, Postdirektor Moos, der Betriebsleiter Georg Tremmel von Ludwigshafen, weil an einem Kran verschiedene Maschinenteile fehlen sollen, der Zollassistent Löffler von Bruchhof, der Eisenbahnsekretär Stienen, Rechnungsführer der Lokomotivstation Zweibrücken, Bürgermeister Herrmann aus Berschweiler (b. Baumholder), Oberregierungsrat Glauning, der Nachfolger des verhafteten Präsidenten der Oberpostdirektion Speyer, Dr. Wolff, Chemiker der Badischen Anilin- und Sodafabrik, Mitglied der national-sozialistischen Partei, Kaufmann Wilhelm Schweizer, der Kreissekretär des Kriegerverbandes Ludwig Hesser, sowie Kaufmann Armin Fiedler in Ludwigshafen, der Präsident des Amtsgerichts Ludwigshafen, Jung, sowie der Gefängnisverwalter Orth von der Besatzungsbehörde, der bayerische Landtagsabgeordnete der sozialdemokratischen Partei der Pfalz, Bruno Körner, der Vorsitzende des Postamts Ludwigshafen, Oberverwalter Schmidt, der Rechtsrat bei der Stadtverwaltung in Speyer, Binger und Zollamtmann Rigner = Zweibrücken, der Unterbezirksleiter der kommunistischen



Partei in Kaiserslautern, Wilhelm Müller, der Präsident der Oberpostdirektion für die Pfalz in Speyer, Heinkeis, der Erste Staatsanwalt des Landgerichts Kaiserslautern, Fischer, und der Zweite Staatsanwalt, Hollmer.

#### Pfänger vor dem Kriegsgericht.

Direktor der Reichsbankfiliale Neustadt a. d. S., Philipp Rothaus, hatte sich nach der Anklage geweigert, dem Befehl des Kreisdelegierten im Bezirk Neustadt, ihm Auskunft über den Kassenbestand der ihm unterstellten Bank zu erteilen, nachzukommen. Das Urteil lautete auf zwei Jahre Gefängnis und 20 Millionen Mark Geldstrafe.

Der Erste Staatsanwalt des Landgerichts in Zweibrücken, Philipp Kiffel, war angeklagt, einem Befehl des Kreisdelegierten in Zweibrücken, das dortige seiner Leitung unterstehende Landgerichtsgefängnis zwecks Unterbringung mehrerer Untersuchungsgefangener der französischen Besatzungsbehörde zu räumen, nicht nachgekommen zu sein. Das Urteil lautete unter einstimmiger Bejahung der Schuldfrage auf 10 Monate Gefängnis und 50 000 M. Geldstrafe.

Der 2. Bürgermeister der Stadt Birmales, Kämmerling, stand unter der Anklage, 1. einen Befehl des französischen Kreisdelegierten, angeschlagene Plakate durch Bewachung seitens deutscher Polizeibeamte vor dem Abreißen zu bewahren, nicht befolgt zu haben, und 2. eine von der Stadtverordnetenversammlung in Birmales unter seiner Leitung beschlossene beleidigende Protestkundgebung gegen die Verhaftung des Oberbürgermeisters der Stadt unterschrieben und weitergeleitet zu haben. Das Urteil lautete auf 5 Jahre Gefängnis und 15 Millionen Mark Geldstrafe.

Der Eisenbahnbeamte Lechner aus Haxloch wurde wegen Nachlässigkeit im Dienste und Sachbeschädigung zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Dem Beamten wird die Schuld gegeben, daß eine Lokomotive in Ludwigshafen in eine Drehscheibe fuhr.

Das französische Kriegsgericht in Mainz verurteilte den Polizeiwachmeister Cios zu acht Monaten, den Bahnsteigwächter Schneider zu zwei Jahren und den Eisenbahnbeamten Herbst zu sechs Monaten Gefängnis. Der Verurteilung liegt der bekannte unerhörte Vorfall zugrunde, der sich Ende vorigen Jahres auf dem Hauptbahnhof von Landau abspielte. Als der Bahnsteigwächter Schneider von dem französischen Bezirksdelegierten Hermersheim an der Sperre den Fahrausweis verlangte, kam es zu einem Zusammenstoß, in dessen Verlauf Schneider und der Polizeibeamte Cios, der den französischen Offizier zu beruhigen versuchte, von der französischen Wache verhaftet wurden.

Schuler, Geschäftsf. u. Schriftleiter des „Pfälz. Merkur“, Zweibrücken zu 12 Tagen Gefängnis und 50 000 M.

Ober-Reg.-Rat Rettig, Vorstand des Finanzamtes Kaiserslautern, zu 20 Tagen Gefängnis und 100 000 M.

Der Vorstand des Amtsgerichts Ludwigshafen, Präsident Jung, zu 5 Monaten Gefängnis und der Gefängnisverwalter Ditz zu 2 Monaten Gefängnis.

Der Eisenbahnsekretär Lechner von Haxloch zu 10 Jahren Gefängnis.

Der Landesvorsitzende der Jugendgruppe der Deutschen Volkspartei Karl Scheid in Kaiserslautern zu 3 Wochen Gefängnis.

Der Eisenbahnoberinspektor Gottfried, der stellvertretende Vorstand der Betriebsinspektion 2 Ludwigshafen, wegen angeblicher Gefährdung der Eisenbahntransporte zu 20 Jahren Zwangsarbeit.

#### Gemahregelt und schikaniert.

Ihres Dienstes enthoben wurden die Stellvertreter der Bezirksinspektion 1 und 2 in Ludwigshafen, Oberinspektor Rath und Giesregen. Inspektor Gottfried wurde heute morgen verhaftet.

Staatsanwalt Kiffel-Zweibrücken, der bekanntlich nach Räumung des Zweibrücker Gefängnisses dort inhaftiert wurde, ist nach Mainz gebracht worden, wo gegen ihn vor dem Kriegsgericht verhandelt werden wird.

Die Verhandlungen gegen den Bürgermeister von Roxheim, Nagel, sowie gegen den Bürgermeister von Edigheim, Fries, ferner gegen den dortigen Gemeindefekretär Engenberger ist vor dem Kriegsgericht in Landau festgesetzt worden.

Die Zollstelle Hornbach ist ebenfalls besetzt worden. Da die deutschen Zollbeamten sich weigerten, in französischen Dienst zu treten, so mußten sie nach Abgabe ihrer Dienstwaffe die Diensträume verlassen.

Der Verkauf der Freimarken mit dem Ueberdruck „Rhein-Ruhrhilfe“ wurde verboten und die vorhandenen Bestände beschlagnahmt.

Der Vorstand der Betriebsinspektion 1 Ludwigshafen, Regierungsrat Wenz, wurde von der Besatzungsbehörde seines Dienstes enthoben.

Polizeiwachmeister Cios in Landau ist vorläufig aus der Haft entlassen worden.

Um die Zollkontrolle besser durchführen zu können, werden die Gittertore der Ludwigshafener Rheinbrücke vor der Ankunft jedes Zuges gesperrt.

Bei der Oberpostdirektion Speyer ist eine Postkontrolle eingerichtet worden.

Im Monat Januar sind in der Pfalz 113 Personen zu 1 750 000 Mark Geldstrafe und zu einem Monat 23 Tagen Freiheitsstrafen verurteilt worden. Das Organ der Freien Bauernschaft „Der Freie Bauer“ ist abermals für drei Tage verboten worden.

#### Verboten.

Der „Kirchheimbolander Anzeiger“ mit seinen Kopfschaltern „Grünstadter Anzeiger“, „Zellerthaler Zeitung“, „Götheimer Anzeiger“ und „Eisenberger Anzeiger“ auf weitere 3 Tage. Die „Pfälzische Tageszeitung“ in Alsenz neuerdings auf 10 Tage. Die „Pfälzische Volkszeitung“ in Kaiserslautern diesmal auf 10 Tage. Die „Neue Pfälzische Landeszeitung“ in Ludwigshafen vom 25. März ab auf 15 Tage. Die „Pfälzische Bürgerzeitung“ in Neustadt, die kürzlich auf drei Tage von dem französischen Bezirksdelegierten in Neustadt verboten worden war, wurde jetzt von der Interalliierten Rheinlandkommission ab 25. Februar auf vier Wochen verboten. Der Grund für das vierwöchige Verbot ist noch nicht bekannt. Die „Pfälzische Post“ auf die Dauer von 3 Tagen. Der „Landauer Anz.“ und das „Annweiler Tagblatt“ auf drei Tage verboten. Für das Saargebiet wurden verboten auf sechs Monate der „Saarfreund“, „Der wahre Jakob“, auf vier Wochen „Humanität“, „Deutsche Zeitung“, auf zwei Wochen „Arbeiterzeitung Saarbrücken“.

Zum Streit im Saar-pfälzischen Bergbau. Die Streitslage hat sich in einzelnen Bezirken dadurch verschärft, daß das Militär zugreift. In Waldkirchbach wurden die Streikposten durch Kavalleriepatrouillen auseinandergeritten. Jedenfalls hatte die Bergwerksverwaltung mit einer stärkeren Arbeitsaufnahme gerechnet. Aus den Reihen der Bergarbeiter selbst haben die Arbeitswilligen trotz des seit sieben Wochen dauernden Streiks keinen Zuwachs erfahren. Von Hornbach wird berichtet, daß die Kohlenbergarbeiter keine Streikbrecherarbeit verrichten. Einige Beamtenöhne gehen in die Grube, dafür wurde die Zahl der Notstandsarbeiter reduziert. In Luisental in dem Schacht Joseph wurden fünfzehn Arbeitswillige gezählt. In Sulzbach sind auf einen Aufruf des Syndikalistenführers Weber neun Hauer als Arbeitswillige eingefahren. In Altenwald haben dreizehn Arbeiter, darunter sieben Hauer, die nach ihrer Angabe dem Saarbund angehören, in Duttweiler haben neun Hauer und sieben Schlepper die Arbeit aufgenommen. Die Zahl der Arbeitswilligen ist in allen Orten nach den vorliegenden Berichten äußerst gering. Der Syndikalistenführer Weber hatte in einem Aufruf zur Arbeitsaufnahme aufgefordert. In dem Aufruf wird mitgeteilt, daß die Bergverwaltung zu den bereits im Februar zugestandenen 3 Franken im Monat März zwei weitere Franken hätte geben wollen. Demgegenüber steht fest, daß nicht nur nicht der alte Lohn aufrechterhalten bleiben, sondern daß ab 15. März der angekündigte Lohnabbau von einem Franken in Kraft treten sollte. Unterstützungen für die in Not geratenen Bergarbeiter werden gewährt. Im übrigen sind der Hauptstreikleitung bereits vorige Woche über 5 Millionen Mark und 10 626 Franken überwiesen worden.

Zum Vollzug des Friedensvertrages macht die pfälzische Kreisregierung bekannt, daß auf ministerielle Anordnung hin für die Pfalz ein Entschädigungsausschuß errichtet worden ist, dem angehören Oberregierungsrat Loeb als Vorsitzender, Gutinspektor Ott-Spener und Fabrikbesitzer Dr. Raskig-Ludwigshafen als Beisitzer; Stellvertreter sind Regierungsrat Wagner, Fabrikant Heß-Speyer und Geiger-Ludwigshafen.

Millionenspende des bayerischen Kronprinzen. Kronprinz Rupprecht von Bayern hat, ohne einen persönlichen Vorteil anzustreben, seine verbürgten Rechte auf Gewährung einer Militärpension als Generalfeldmarschall geltend gemacht und nunmehr, nachdem diese ihm zugesichert ist, alle Gebühren dem Bayerischen Kriegerbunde mit der Bestimmung überschrieben, sie für Angehörige der ehemaligen bayerischen Armee und ihre Hinterbliebenen zu verwenden.

Eine Stiftung von 15 Millionen Mark. Aus Anlaß des 100. Geburtstages des Begründers der Nähmaschinenfabrik Pfaff, Georg Mich. Pfaff in Kaiserslautern, fand eine Belegschaftsversammlung des Werkes statt, in der Direktor Schloß nach einer Gedächtnisrede auf den Begründer und sein Werk mitteilte, daß die Firma an die Unterstützungs- und Hilfskasse für die Arbeiter und Angestellten eine Stiftung von fünfzehn Millionen Mark ausgeworfen habe und daß die Arbeiter, die noch unter Pfaffs persönlicher Leitung waren, mit einer namhaften Geldspende bedacht würden. Der Obmann des Betriebsrates dankte für das soziale Verständnis der Firma gegenüber der Arbeiterchaft und gab den Hoffnung Ausdruck, daß das bisherige gute Einvernehmen zwischen Werksleitung und Arbeiterchaft fortbestehen möge.



## Bücherschau.

### Saargebietsliteratur.

Durch die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ können nachstehende die Saargebietsfrage behandelnden Bücher und Druckschriften, solange Vorrat reicht, bezogen werden:

1. „Das Saargebiet unter der Herrschaft des Waffenstillstandsabkommens und des Vertrages von Versailles“ (Weißbuch) zum Preise von 1000 M.
2. „Rettet das Saarland“ von Dr. Herbert Stegmann zum Preise von 500 M.
3. „Das Saargebiet“, Doppelnummer der Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung, zum Preise von 200 M.
4. „Was jeder Deutsche vom Saargebiet und Bund „Saar-Verein“ wissen muß“ (illustriertes Merkblatt) zum Preise von 200 M.
5. „Saar-Kalender 1923“ zum Preise von 600 M.
6. „Die Saarpolitik Frankreichs“ von Bernhard Kausch zum Preise von 200 M.
7. „Das Saargebiet und die Frankenwährung“ zum Preise von 100 M.
8. „Die Großindustrie des Saargebiets“ mit Illustrationen von J. Kollmann zum Preise von 1000 M.
9. „Die Fremdherrschaft an der Saar“ von Theodor Bogel, Heft 3 der „Gegengrechnung“, zum Preise von 500 M.
10. „Tartarin am Rhein“ von Allevard Daubet zum Preise von 1000 M.
11. „Versailler Volkskommentar“ des Friedensbündnisses von Frhr. von Versner zum Preise von 300 M.
12. „Unser Saargebiet in Wort und Bild“, Text zum Lichtbildervortrag von Theodor Bogel, 500 M.
13. „Farbige Franzosen am Rhein“ zum Preise von 300 M.
14. „Französische Kulturarbeit am Rhein“ von Peter Hartmann zum Preise von 500 M.
15. „Material zur französischen Rheinpolitik“ zum Preise von 300 M.
16. „Historische Rheinpolitik der Franzosen“ von Hermann Duden zum Preise von 1000 M.
17. „Rheinlandnot“ von Hülsharth zum Preise von 300 M.
18. „Aus Saarbüdens Vergangenheit“, eine Antwort an Professor Dr. D. Wiese, zum Preise von 100 M.
19. „Gerechtigkeit gegenüber Deutschland und Frankreich“ von Heinrich Freeden zum Preise von 100 M.
20. „Unser gutes Recht“, ein Ueberblick über die Schulfrage, zum Preise von 100 M.
21. „Was wir verloren haben“, entrissenes, doch nie vergebliches deutsches Land, zum Preise von 50 M.
22. „Französische Pressestimmen über die Rheinlandpolitik“ zum Preise von 50 M.

## An die Ortsgruppen des Bundes „Saar-Verein“.

Wir erinnern an die Einzahlung der fälligen Jahresbeiträge für 1923 sowie an die Erstattung der noch rückständigen Jahresbeiträge.

Wir machen nochmals besonders darauf aufmerksam, daß unsere Halbmonatschrift „Saar-Freund“ nur noch gegen Bezahlung geliefert werden kann; Freiemplare können nicht mehr zur Verfügung gestellt werden.

Ehrenpflicht der einzelnen Ortsgruppen muß es sein, durch Werbung von Mitgliedern bzw. Beziehern und durch das Aufgeben vieler Bestellungen die weitere Herausgabe des „Saar-Freund“ zu unterstützen und zu sichern. Die Ortsgruppen müssen aber auch vor allen Dingen darauf hinwirken, daß jedes Mitglied den „Saar-Freund“ durch die Post bezieht.

Vom 1. April d. Js. ab beträgt der monatliche Bezugspreis 150,— M.

Bund u. Geschäftsstelle „Saar-Verein“.

## Saarländer - Stammtisch in Berlin.

Die regelmäßigen Zusammenkünfte unserer Landsleute, Freunde und Bekannten finden

**jeden Donnerstag Abend**

im „Klafter“, Berlin W., Krausenstraße 44 statt am „runden Tisch“ hinne inn de hinnerst Stubb im Egge“ awer omwe!

## Der Saartalender für 1923

Ist ein Seden- und Nachschlagebuch für alle Saardeutschen. Er enthält ernste und heitere Schilderungen der wirtschaftlichen und politischen Lage im Saargebiet, ausführliche geschichtliche Darstellungen und Zeitafeln, saarländische Anekdoten, Witze usw. und bekommt durch Beiträge von Paul Keller, Walter Bloem, Elisabeth Dill u. a. eine hochwertige literarische Note.

Ein Handbuch von dauerndem Wert für Kinder und Kindesfinder.

Der Preis dieses ausgezeichneten Werkes beträgt ausschließlich Porto 600.— Mark.

Zu beziehen durch

Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW. 11, Königsgräber Str. 94



Die neue Sperrholz-  
Klemmschleife  
gen. gesch.  
Größe Halbkreis,  
leichtes Gewicht, in  
verschiedensten Größen  
bestens bewährt

**Friedrich Klein**

SW. 68, Alte Jakobstraße 19  
Fernruf: Amt Dönhoff 9702.

## Elektro- Motore!

nur erstfl. Fabrikate,  
ab Lager oder kurz-  
fristig lieferbar.

**Ing. - Büro Faup**

Berlin W. 15,  
Meierottost. 1.

Fernruf: Pfalzburg 92.

## Badische Bank • Karlsruhe

Telefon 183-183 Friedrichsplatz 12 Telefon 183-183  
Telegramm-Adresse: „Badenbank“

Ankauf der vom Reiche als Ersatz  
für Auslandsschäden gegebenen

## Reichsschatzwechsel

zu kulantem Bedingungen.

Bei Anstellung genaue Bezeichnung der Stücke und  
Fälligkeiten erforderlich.